## Vordrucke für das Verbraucherinsolvenzverfahren und das Restschuldbefreiungsverfahren

- Amtliche Fassung 3/2002 -

#### Inhaltsübersicht

$\Rightarrow$	Hin	weisblatt zu den Vordrucken							
$\Rightarrow$	Ant	rag auf Eröffnung des Insolvenzverfahrens							
$\Rightarrow$	Anla	Anlage 1 – Personalbogen: Angaben zur Person							
$\Rightarrow$	Anla	Anlage 2 – Bescheinigung über das Scheitern des außergerichtlichen Einigungsversuchs							
$\Rightarrow$	Anla	age 2 A – Gründe für das Scheitern des außergerichtlichen Schuldenbereinigungsplans							
$\Rightarrow$	Anla	age 3 – Abtretungserklärung nach § 287 Absatz 2 InsO							
$\Rightarrow$	Anla	age 3 A – Erklärung zur Abkürzung der Wohlverhaltensperiode							
$\Rightarrow$	Anla	age 4 – Vermögensübersicht							
$\Rightarrow$	Anla	age 5 – Vermögensverzeichnis							
	$\Rightarrow$	Ergänzungsblatt 5 A zum Vermögensverzeichnis Guthaben auf Konten, Wertpapiere, Schuldbuchforderungen, Darlehnsforderungen							
	$\Rightarrow$	Ergänzungsblatt 5 B zum Vermögensverzeichnis Hausrat, Mobiliar, Wertgegenstände und Fahrzeuge							
	$\Rightarrow$	Ergänzungsblatt 5 C zum Vermögensverzeichnis Forderungen (z. B. aus Versicherungsverträgen), Rechte aus Erbfällen							
	$\Rightarrow$	Ergänzungsblatt 5 D zum Vermögensverzeichnis Grundstücke, Eigentumswohnungen und Erbbaurechte, Rechte an Grundstücken							
	$\Rightarrow$	Ergänzungsblatt 5 E zum Vermögensverzeichnis Beteiligungen (Aktien, Genussrechte, sonstige Beteiligungen)							
	$\Rightarrow$	Ergänzungsblatt 5 F zum Vermögensverzeichnis Immaterielle Vermögensgegenstände und sonstiges Vermögen							
	$\Rightarrow$	Ergänzungsblatt 5 G zum Vermögensverzeichnis Laufendes Einkommen							
	$\Rightarrow$	Ergänzungsblatt 5 H zum Vermögensverzeichnis Sicherungsrechte Dritter und Zwangsvollstreckungsmaßnahmen							
	$\Rightarrow$	Ergänzungsblatt 5 J zum Vermögensverzeichnis Regelmäßig wiederkehrende Verpflichtungen							
	$\Rightarrow$	Ergänzungsblatt 5 K zum Vermögensverzeichnis Schenkungen und entgeltliche Veräußerungen (§§ 132, 133, 134 InsO)							
$\Rightarrow$		age 6 ubiger- und Forderungsverzeichnis							
$\Rightarrow$		age 7 uldenbereinigungsplan für das gerichtliche Verfahren Allgemeiner Teil							
$\Rightarrow$		age 7 A – Schuldenbereinigungsplan für das gerichtliche Verfahren Besonderer Teil usterplan mit Einmalzahlung bzw. festen Raten –							
$\Rightarrow$		age 7 A – Schuldenbereinigungsplan für das gerichtliche Verfahren Besonderer Teil usterplan mit flexiblen Raten –							
$\Rightarrow$		age 7 B – Schuldenbereinigungsplan für das gerichtliche Verfahren Besonderer Teil gänzende Regelungen –							
$\Rightarrow$		age 7 C – Schuldenbereinigungsplan für das gerichtliche Verfahren							

- Erläuterungen zur vorgeschlagenen Schuldenbereinigung -

Anlage Vorname und Name Straße und Hausnummer Antrag auf Eröffnung Postleitzahl und Ort des Insolvenzverfahrens (§ 305 InsO) des / der Telefon tagsüber Verfahrensbevollmächtigte(r): 2 An das Amtsgericht - Insolvenzgericht -3 Ich stelle den Antrag, über mein Vermögen das Insolvenzverfahren zu er-Eröffnungsantrag öffnen. Nach meinen Vermögens- und Einkommensverhältnissen bin ich nicht in der Lage, meine bestehenden Zahlungspflichten, die bereits fällig sind oder in absehbarer Zeit fällig werden, zu erfüllen. 4 II. Restschuld-Ich stelle den Antrag auf Restschuld-Restschuldbefreiung wird befreiungsantrag befreiung (§ 287 InsO). nicht beantragt. 5 III.  $\boxtimes$ Personalbogen (Anlage 1) **Anlagen** Bescheinigung über das Scheitern des außergerichtlichen Einigungsversuchs mit außergerichtlichem Plan  $\boxtimes$ (Anlage 2) Gründe für das Scheitern des außergerichtlichen Plans  $\boxtimes$ (Anlage 2 A) Abtretungserklärung nach § 287 Abs. 2 InsO (Anlage 3) Erklärung zur Abkürzung der Wohlverhaltensperiode (Anlage 3 A)  $\boxtimes$ Vermögensübersicht (Anlage 4)  $\boxtimes$ Vermögensverzeichnis mit den darin genannten Ergänzungsblättern (Anlage 5)  $\boxtimes$ Gläubiger- und Forderungsverzeichnis (Anlage 6) Schuldenbereinigungsplan für das gerichtliche Verfahren:  $\boxtimes$ Allgemeiner Teil (Anlage 7) Besonderer Teil - Musterplan mit Einmalzahlung/festen Raten (Anlage 7 A) Besonderer Teil – Musterplan mit flexiblen Raten (Anlage 7 A) Besonderer Teil – Plan mit sonstigem Inhalt (Anlage 7 A)  $\boxtimes$ Besonderer Teil – Ergänzende Regelungen (Anlage 7 B) Erläuterungen zur vorgeschlagenen Schuldenbereinigung (Anlage 7 C) Sonstige: 6 Als Schuldner bin ich gesetzlich verpflichtet, dem Insolvenzgericht über alle das Verfahren betref-Auskunfts- und fenden Verhältnisse vollständig und wahrheitsgemäß Auskunft zu erteilen, insbesondere auch jede Auskunft, die zur Entscheidung über meine Anträge erforderlich ist (§§ 20, 97 InsO). Mitwirkungspflichten Können solche Auskünfte durch Dritte, insbesondere durch Banken und Sparkassen, sonstige Kreditinstitute, Versicherungsgesellschaften, Sozial- und Finanzbehörden, Sozialversicherungsträger, Rechtsanwälte, Notare, Steuerberater und Wirtschaftsprüfer erteilt werden, so obliegt es mir, auf Verlangen des Gerichts alle Personen und Stellen, die Auskunft über meine Vermögensverhältnisse geben können, von ihrer Pflicht zur Verschwiegenheit zu befreien.

(Ort, Datum)

(Unterschrift)

	Anlage 1 zum Eröffnungsantrag des / der											
	Personalbogen: Angaben zur Person											
Name Akademischer Gra									Grad			
	Vorname(n) (Rufnamen unterstreichen)	l							eschlecht ] männlich	☐ weiblich		
	Geburtsname					früherer N	lame	•				
	Geburtsdatum			Gebu	urtsort							
	Wohnanschrift Straße								Hausnumme	er		
	Postleitzahl			Ort				<u> </u>				
	Telefon (privat)					Mobil						
	Telefax					E-Mail						
9	Familienstand	ledig ve	rheiratet		eingetragene Lebenspartnerschaft begründet seit  beendet seit  beendet seit				nnt lebend	verwitwet seit		
10	Unterhalts- berechtigte Personen	☐ nein			ahl:, da en siehe Ergänz		lerjährig:	_				
11	Beteiligung am Erwerbsleben	Erlernter Be	ruf									
		Zurzeit oder zuletzt tätig als										
		ehemals selbständig als										
		□ zurzeit unselbständig beschäftigt als □ Arbeiter(in) □ Angestellte(r) □ Beamter/Beamtin □ Aushilfe □ Sonstiges, und zwar:					zurzeit keine Rentner(in)/f arbeitslos, si Schüler(in)/S Hausmann/h Sonstiges, u	Pensionär( eit Student(in) Hausfrau	in) seit bis			
12	Verfahrensbe- vollmächtigte(r)	Name						Akademi	scher Grad			
	☐ für das Verfah-	Vorname					Beruf	•				
	ren insgesamt	ggf. Bezeich	nnung der	geeigr	neten Stelle							
	nur für das Schulden-	Straße							Hausnum	mer		
	bereinigungs- planverfahren	Postleitzahl		(	Ort				•			
	☐ Vollmacht liegt an	Telefon					Telefax					
	☐ Vollmacht wird nachgereicht	E-Mail										
	-	Geschäftsze	eichen				Sachbearbeiter(ii	n)				

Bescheinigu	ng über das Scheitern des außergerichtlichen Einigungsversuc (§ 305 Abs. 1 Nr. 1 InsO)  - Die Anlage 2 ist von der geeigneten Person oder Stelle auszufüllen -
I. Bezeichnung der geeigneten Per- son oder Stelle	Name  Straße Hausnummer  Postleitzahl Ort  Ansprechpartner
II. Behördliche Anerkennung der geeigneten Person oder Stelle	□ Ja, Anerkennende Behörde:
III. Außergericht- licher Einigungs- versuch	1. Der außergerichtliche Plan vom ist beigefügt.  2. Allen im Gläubigerverzeichnis benannten Gläubigern ist dieser Plan übersandt worden Ja Nein. Begründung:
IV. Bescheinigung	3. Der Einigungsversuch ist endgültig gescheitert am  4. Die wesentlichen Gründe für das Scheitern des Plans ergeben sich aus der Darstellun der Anlage 2 A.  Ich bescheinige / Wir bescheinigen, dass die Schuldnerin bzw. der Schuldner mit meiner/unserer Unterstützung
Descrieningung	□ mit meiner/unserer Unterstützung erfolglos versucht hat, eine außergerichtliche Einigung mit den Gläubigern über die Schubereinigung auf der Grundlage eines Planes zu erzielen.

	Anlage 2 A zum Eröffnun	ngsantrag des / der
	Gründe für d	das Scheitern des außergerichtlichen Schuldenbereinigungsplans (§ 305 Abs. 1 Nr. 1 InsO)
17	I. Wesentliche Gründe für das Scheitern des Einigungsver- suchs	Nicht alle Gläubiger haben dem ihnen übersandten außergerichtlichen Plan zugestimmt.  1. Anteil der zustimmenden Gläubiger nach Köpfen: Gläubiger von Gläubigern  2. Anteil der zustimmenden Gläubiger nach Summen: EUR von EUR  3. Anteil der Gläubiger ohne Rückäußerung: Gläubiger von Gläubigern  Als maßgebliche Gründe für die Ablehnung des Plans wurden genannt:
		Nachdem die Verhandlungen über die außergerichtliche Schuldenbereinigung aufgenommen wurden, ist die Zwangsvollstreckung betrieben worden von:  Aktenzeichen des Gerichts oder Gerichtsvollziehers:  Amtsgericht:
18	II. Beurteilung des außergerichtli- chen Einigungs- versuchs und Aussichten für das gerichtliche Schuldenberei- nigungsverfah- ren	Der gerichtliche Plan unterscheidet sich von dem außergerichtlichen Plan ☐ nicht. ☐ in folgenden Punkten:
		Nach dem Verlauf des außergerichtlichen Einigungsversuchs halte ich die Durchführung des gerichtlichen Schuldenbereinigungsplanverfahrens für  aussichtsreich.  begründung:

	Abtretungserklärung nach § 287 Absatz 2 InsO
- Die Anla	ge ist nur einzureichen, wenn auf dem Hauptblatt Restschuldbefreiung beantragt worden ist -
I. Erläuterungen zur Abtretungs- erklärung	Die nachfolgende Abtretung umfasst alle Bezüge aus einem Dienstverhältnis oder an deren Stelle tretende laufende Bezüge, also:  - jede Art von Arbeitseinkommen, Dienst- und Versorgungsbezüge der Beamten, Arbeits und Dienstlöhne, Arbeitsentgelt für Strafgefangene,  - Ruhegelder und ähnliche fortlaufende Einkünfte, die nach dem Ausscheiden aus der Dienst- oder Arbeitsverhältnis gewährt werden, sonstige Vergütungen für Dienstle stungen aller Art, die die Erwerbstätigkeit des Zahlungsempfängers vollständig oder zeinem wesentlichen Teil in Anspruch nehmen,  - Bezüge, die ein Arbeitnehmer zum Ausgleich für Wettbewerbsbeschränkungen für di Zeit nach Beendigung seines Dienstverhältnisses beanspruchen kann,  - Hinterbliebenenbezüge, die wegen des früheren Dienst- oder Arbeitsverhältnisses gezahlt werden, Renten, die aufgrund von Versicherungsverträgen gewährt werden, wen diese Verträge zur Versorgung des Versicherungsnehmers oder seiner unterhaltsberechtigten Angehörigen geschlossen worden sind,  - Renten und sonstige laufende Geldleistungen der Sozialversicherungsträger oder de Bundesanstalt für Arbeit im Fall des Ruhestands, der teilweisen oder vollständigen Ewerbsunfähigkeit oder der Arbeitslosigkeit,  - alle sonstigen, den genannten Bezügen rechtlich oder wirtschaftlich gleichstehende Bezüge.  Soweit Sie nach Aufhebung des Insolvenzverfahrens eine selbständige Tätigkeit ausüber
	sind Sie verpflichtet, während der Laufzeit der Abtretungserklärung die Insolvenzgläubige durch Zahlungen an den gerichtlich bestellten Treuhänder so zu stellen, wie wenn Sie eir angemessenes Dienstverhältnis eingegangen wären (§ 295 Abs. 2 InsO).
II. Abtretungs- erklärung	Für den Fall der gerichtlichen Ankündigung der Restschuldbefreiung trete ich hiermit meine pfändbaren Forderungen auf Bezüge aus einem Dienstverhältnis oder an deren Stelle tretende laufende Bezüge für die Zeit von sechs Jahren nach Eröffnung des Insolvenzverfahrens an einen vom Gericht zu bestimmenden Treuhänder ab.
	Die von dieser Abtretungserklärung erfassten Forderungen auf Bezüge aus einem Dienstverhältnis oder an deren Stelle tretende laufende Bezüge
	<ul> <li>□ habe ich zurzeit nicht an einen Dritten abgetreten oder verpfändet.</li> <li>□ habe ich bereits vorher abgetreten oder verpfändet. Die Einzelheiten sind in dem Ergänzungsblatt 5H zum Vermögensverzeichnis dargestellt.</li> </ul>

19

# Anlage 3 A zum Eröffnungsantrag des / der \_\_\_\_\_

## Erklärung zur Abkürzung der Wohlverhaltensperiode (§ 287 Absatz 2 Satz 1 InsO, Art. 107 EG InsO)

	(§ 287 Absatz 2 Satz 1 InsO, Art. 107 EG InsO)
	<ul> <li>Die Anlage ist nur einzureichen, wenn Restschuldbefreiung beantragt wird und Zahlungsunfähigkeit vor dem 1. Januar 1997 bestand –</li> </ul>
Res	war bereits vor dem 1. Januar 1997 zahlungsunfähig. Deshalb ist bei der gerichtlichen Ankündigung tschuldbefreiung und der Bestimmung des Treuhänders (§ 291 InsO) festzustellen, dass sich die La Abtretung nach § 287 Absatz 2 Satz 1 InsO auf fünf Jahre verkürzt.
	die Tatsache, dass ich bereits vor dem 1. Januar 1997 zahlungsunfähig war, lege ich folgende Bew el vor:
	Kopie der Niederschrift über die abgegebene Eidesstattliche Versicherung (Offenbarungsversiche und des Vermögensverzeichnisses
	Bescheinigung des zuständigen Gerichtsvollziehers über einen erfolglosen Vollstreckungsversuc
	Sonstige (bitte näher erläutern)

	Anlage 4 zum Eröffnungsantrag des / der											
(	Vermögensübersicht (Übersicht des vorhandenen Vermögens und des Einkommens, § 305 Abs. 1 Nr. 3 InsO)											
	ärung zur nögenslage	Hiermit erkläre ich, dass ich  Weitergehende Angaben nis (Anlagen 5 A ff.) gem	habe	e ich in den Erg	-	_	zeich-					
1.		Vermögen Ja		gemäß Ergän- zungsblatt	Wert in EUR (Gesamtbetrag)	Sicherungsrechte Dritter (Ergänzungsblatt 5 H)	Nein					
1.1	Bargeld (auch in ausländi	scher Währung)		-		nein ja, in Höhe von EUR						
1.2	und Bausparve	Girokonten, Sparkonten, Spar- erträgen, Wertpapiere, Schuld- en, Darlehnsforderungen		5 A		nein ja, in Höhe von EUR						
1.3	Hausratsgegen Videogeräte, C Geräte, wertvol wertvolle Gebra	ebensführung übersteigende stände, Möbel, Fernseh- und omputer, sonstige elektronische lle Kleidungsstücke, sonstige auchsgegenstände (z. B. Kametische Geräte u. ä.), wertvolle I, Gesamtwert)		5 B		☐ nein ☐ ja, in Höhe von EUR						
1.4	Bauten auf fremden Grundstücken (z. B. Gartenhaus, Verkaufsstände etc.)			5 B		nein ja, in Höhe von						
1.5	Privat genutzte Fahrzeuge (PKW, LKW, Wohnwagen, Motorräder, Mopeds usw.)			5 B		nein ja, in Höhe von EUR						
1.6	Forderungen gegen Dritte (Außenstände, rüc k- ständiges Arbeitseinkommen, Forderungen aus Versicherungsverträgen, Rechte aus Erbfällen) Grundstücke, Eigentumswohnungen und Erb- baurechte, Rechte an Grundstücken			5 C		nein ja, in Höhe von EUR						
1.7				5 D		☐ nein ☐ ja, in Höhe von EUR						
1.8	gen an Kapitalg schaften oder (	rechte oder sonstige Beteiligun- gesellschaften, Personengesell- Genossenschaften		5 E		nein ja, in Höhe von EUR						
1.9	Rechte oder Ar immaterielle Ve Patente)	nsprüche aus Urheberrechten, ermögensgegenstände (z.B.		5 F		nein ja, in Höhe von EUR						
1.10	Sonstiges Vern	nögen		5 F		nein ja, in Höhe von EUR						
2.	Mo	natliche Einkünfte	Ja	gemäß Ergän- zungsblatt	Betrag monatlich netto in EUR	Sicherungsrechte Dritter (Ergänzungsblatt 5 H)	Nein					
2.1		nes Arbeitseinkommen (netto) Zulagen und Zusatzleistungen		5 G		nein ja, in Höhe von EUR						
2.2	Arbeitslosenun -hilfe, Unterhal	terstützung (Arbeitslosengeld, tsgeld etc.)		5 G		☐ nein ☐ ja, in Höhe von EUR						
2.3	Krankengeld			5 G		nein ja, in Höhe von EUR						
2.4		erungen, Betriebsrenten, Versα- aus öffentlicher Kasse)		5 G		nein ja, in Höhe von EUR						
2.5	private Renten- rungsverträge	-, Spar- und sonstige Versiche-		5 G		nein ja, in Höhe von EUR						
2.6		lleistungen (wie z.B. Sozialhilfe, ziehungsgeld, Wohngeld etc.)		5 G		nein ja, in Höhe von EUR						
2.7		tliche Einkünfte (wie z.B. Ein- erhaltszahlungen)		5 G		nein ja, in Höhe von						

24	3.	Jä	hrliche Einkünfte	Ja	gemäß Ergän- zungsblatt	Betrag jährlich netto in EUI	Sicherungsrechte Dritter (Ergänzungsblatt 5 H)	Nein
	3.1	Weihnachtsgel kationen usw.)	nichtselbständiger Tätigkeit (z. B. d., Tantiemen, sonstige Gratifi-		5 G		nein ja, in Höhe von EUR	
	3.2				5 G		nein ja, in Höhe von EUR	
	3.3		Kapitalvermögen		5 G		nein ja, in Höhe von EUR	
	3.4	Sonstige jährliche Einkünfte			5 G		nein ja, in Höhe von EUR	
25	4.	Sonst	iger Lebensunterhalt			. 2 und 3. Den r	eichenden regelmäßigen E otwendigen Lebensunterh	
26	5.					ag monatlich in EUR	Nein	
	5.1 Unterhaltsverp		flichtungen	5 J				
	5.2	Wohnkosten (N	Miete etc.)		5 J	_	EUR	
	5.3	Sonstige wese	Sonstige wesentliche Verpflichtungen			EUR		
27	Vern	Erklärung zur 🔲 Hiermit erkläre ich, da			die vorstehend	aufgeführten	nkt I. 4 bezeichneten Le Vermögenswerte noch	
28	III. Erklärung zu Schenkungen und Veräuße- rungen		Ich habe in den letzten vier Jahre des Insolvenzverfahrens Geld, F verschenkt (Gebräuchliche Gele Werts sind nicht anzugeben).	orderu	ungen oder Gege	enstände	nein ja, im Gesamtwert von EUR mäß Ergänzungsblatt 5 K	
			Ich habe in den letzten zwei Jahr nahestehende Personen veräuß		rmögensgegens	stände an	nein ja, im Gesamtwert von EUR mäß Ergänzungsblatt 5 K	
29	(§ 30	icherung 95 Absatz 1 InsO)	Die Richtigkeit und Vollstär Angaben versichere ich. Mir können, und dass mir die Res oder grob fahrlässig unrichtig Nr. 6 InsO).	ist be stsch	kannt, dass vo uldbefreiung ve	orsätzliche Fal ersagt werden	schangaben strafbar se kann, wenn ich vorsätz	in lich
	(Ort, [	Datum)			(Unterschrift)			

Vermögensverzeichnis (Verzeichnis des vorhandenen Vermögens und des Einkommens, § 305 Abs. 1 Nr. 3 InsO)								
I. Erklärung zum Vermögensver- zeichnis	Hinsichtlich meines Vermögens und meiner Einkünfte nehme ich auf die Angaben in der Vermögensübersicht Bezug.  Ich ergänze diese Angaben entsprechend den beiliegenden und in der Ver-							
2610111115	mögensübersicht bereits bezeichneten Ergänzungsblättern:							
	☐ 5 A (Guthaben auf Konten, Wertpapiere, Schuldbuchforderungen, Darlehensforderungen							
	☐ 5 B (Hausrat, Mobiliar, Wertgegenstände und Fahrzeuge)							
	5 C (Forderungen, Rechte aus Erbfällen)							
	☐ 5 D (Grundstücke, Eigentumswohnungen und Erbbaurechte, Rechte an Grundstücken)							
	5 E (Beteiligungen, Aktien, Genussrechte)							
	5 F (Immaterielle Vermögensgegenstände, sonstiges Vermögen)							
	☐ 5 G (Laufendes Einkommen)							
	☐ 5 H (Sicherungsrechte Dritter und Zwangsvollstreckungsmaßnahmen)							
	☐ 5 J (Regelmäßig wiederkehrende Verpflichtungen)							
	☐ 5 K (Schenkungen und entgeltliche Veräußerungen)							
	Ich versichere, dass ich in den nicht beigefügten Ergänzungsblättern keine Angaben zu machen habe.							
II. Versicherung (§ 305 Absatz 1 Nr. 3 InsO)	Die Richtigkeit und Vollständigkeit der in diesem Vermögensverzeichnis und den beigefügten Ergänzungsblättern enthaltenen Angaben versichere ich. Mir ist bekannt, dass vorsätzliche Falschangaben strafbar sein können, und dass mir die Restschuldbefreiung versagt werden kann, wenn ich vorsätzlich oder grob fahrlässig unrichtige oder unvollständige Angaben gemacht habe (§ 290 Abs. 1 Nr. 6 InsO).							

## Ergänzungsblatt 5 A zum Vermögensverzeichnis des / der j

#### Guthaben auf Konten, Wertpapiere, Schuldbuchforderungen, Darlehnsforderungen

31 **Guthaben auf Konten** Guthaben Stichtag in EUR (Bezeichnung der Kontonummern, genaue Bezeichnung der kontoführenden Stelle) Girokonten (z. B. Gehaltskonto) Termin- oder Festgeldkonten 1.2 121 1.3 Fremdwährungsgeldkonten 1.3.1 Sparkonten, Sparverträge 1.4 1.4.1 1.5 1.5.1 Raten- und Bausparverträge 1.6 Sonstige Spareinlagen 1.6.1 Wertpapiere, Schuldbuchforderungen und sonstige Darlehnsforderungen Kurs-oder 32 Stichtag Verkehrswert (genaue Bezeichnung: Name des Papiers, Typ, Serie, WKN, ggf. Name der Depotbank in EUR mit Depot-Nr., Fälligkeitsdatum, Name und Anschrift des Schul dners) 2.1 2.1.1 2.2 Pfandbriefe, Sparbriefe und ähnliche festverzinsliche Wertpapiere, Obligationen 2.2.1 2.3 Schuldbuchforderungen 2.3.1 Wechselforderungen 2.4 2.4.1 2.5 Scheckforderungen 2.5.1 Forderungen aus Hypotheken oder Grundschulden 2.6 2.6.1 2.7 Gesellschafterdarlehen 2.7.1 2.8 sonstige Forderungen aus Darlehen oder ähnlichen Geldanlagen 2.8.1

Era	önzungsblott 5 P	
	änzungsblatt 5 B n Vermögensverzeichnis des / der	
	Hausrat, Mobiliar, Wertgegenstände und Fahrzeuge	
1.	Hausrat, sonstiges Mobiliar oder Wertgegenstände	Wert in EUR
1.1	Bescheidene Lebensführung übersteigende Hausratsgegenstände, Möbel, Fernseh- und Videogeräte, Computer, sonstige elektronische Geräte, wertvolle Kleidungsstücke, sonstige wertvolle Gebrauchsgegenstände (z. B. Kameras, Waffen, Sportgeräte, optische Geräte u. ä.)	
1.1.1		
4.0		
1.2	sonstige Wertgegenstände (wie z. B. wertvolle Bücher, Kunstobjekte, Musikinstrumente, Uhren, Schmuck, Sammlungen, Gegenstände aus Edelmetall, Edelsteine, Perlen, Goldmünzen etc.)	
1.2.1		
1.3	Bauten auf fremden Grundstücken (z. B. Gartenhaus, Verkaufsstände etc.)	
1.3.1	,,,	
<b>2.</b> 2.1	Kraftfahrzeuge (Bitte Typ/Fabrikat, Kennzeichen, Baujahr, km-Leistung und Aufbewahrungsort des Fahrzeugbriefes angeben) PKW	Wert in EUR
2.1.1		
2.2 2.2.1	LKW	
2.3 2.3.1	Wohnwagen, Anhänger u. ä.	
2.4 2.4.1	Motorräder, Mopeds u. ä.	
2.5 2.5.1	land- und forstwirtschaftliche Maschinen, Geräte u. ä.	
3.	Erklärung zu unpfändbaren Gegenständen	

33

34

35

Die Gegenstände unter laufender Nummer \_\_\_\_\_\_ werden zur Fortsetzung der Erwerbstätigkeit benötigt.

Begründung:

### Ergänzungsblatt 5 C zum Vermögensverzeichnis des / der \_

#### Forderungen (z. B. aus Versicherungsverträgen), Rechte aus Erbfällen

	1.	Forderungen		Wert in EUR
24	1.1	Forderungen aus Versicherungsverträgen	dan Kasasa und Vantor organismo Vanciale anno adeiatum de mu	
36		Name und Anschrift der Versicherungsgesellschaft o Beitragserstattung, ggf. Rückkaufwert, Name des Beg	der Kasse und Vertragsnummer, Versicherungsleistung bzw. ¡ünstigten)	
ľ		Kapital-Lebensversicherungsverträge, Sterbekassen		
ľ		private Rentenversicherungen		
ŀ		private Krankenversicherung		
		,		
ľ			usrat-, Haftpflichtversicherung, sonstige verwertbare Versiche-	
		rung)		
37	1.2	Rückständiges Arbeitseinkommen		
		Name / Firma, vollständige Anschrift des Arbeitgebers	S,	
		Art des rückständigen Einkommens (z. B. Urlaubsgel	d, Weihnachtsgeld, rückständiger Lohn von – bis)	
	1.2.1			
$\overline{}$	1.3	Steuererstattungsansprüche		
38	1.0	Finanzamt		
		Steuernummer Die	e Steuererklärung wurde zuletzt abgegeben für das Kalenderjahr	
ŀ	4.4	Constinu Zahlungaanangiaka - Daya Cah	adamatiillan adamana naab miabt artiilltan Vartriiraa	
39	1.4	Name / Firma, vollständige Anschrift des Schuldners	adensfällen oder aus noch nicht erfüllten Verträgen	
			s Rechtsgrunds; ggf. Angaben zur Einbringlichkeit der Forderung)	
	1.4.1			
	1.4.1			
40	2.	Rechte und Ansprüche aus Erbfällen		Wert in EUR
40	2.	·	B. Erbengemeinschaft, Pflichtteilsanspruch, Beteiligung an einer	Wert in EUR
40	2.	·	B. Erbengemeinschaft, Pflichtteilsanspruch, Beteiligung an einer	Wert in EUR
40	2.	(Bezeichnung der Beteiligung bzw. des Anspruchs, z.	B. Erbengemeinschaft, Pflichtteilsanspruch, Beteiligung an einer	Wert in EUR
40	2.	(Bezeichnung der Beteiligung bzw. des Anspruchs, z.	B. Erbengemeinschaft, Pflichtteilsanspruch, Beteiligung an einer	Wert in EUR
40	2.	(Bezeichnung der Beteiligung bzw. des Anspruchs, z.	B. Erbengemeinschaft, Pflichtteilsanspruch, Beteiligung an einer	Wert in EUR
40	2.	(Bezeichnung der Beteiligung bzw. des Anspruchs, z.	B. Erbengemeinschaft, Pflichtteilsanspruch, Beteiligung an einer	Wert in EUR
40	2.	(Bezeichnung der Beteiligung bzw. des Anspruchs, z.	B. Erbengemeinschaft, Pflichtteilsanspruch, Beteiligung an einer	Wert in EUR
40	2.	(Bezeichnung der Beteiligung bzw. des Anspruchs, z.	B. Erbengemeinschaft, Pflichtteilsanspruch, Beteiligung an einer	Wert in EUR

	Grundstü	icke, Eigent	umswohnunge	n und Erbbaurechte, Rechte an	Grundst	ücken			
1.	Genaue Beze	eichnung des	Grundvermöger	<b>1S</b> (evtl. gesonderte Aufstellung oder Grundbuck	hauszüge beit	fügen)			
lfd.		Lage des Objek		Crundhughhozaighnung Eigen- Verkehrswert					
Nr.		aße, Ort), Nutzi	ungsart gentumswohnungen	(Amtsgericht, Grundbuchbezirk, Band, Blatt)	tums- anteil	in EUR (ca.)			
1.1 1.1.1			gontanionomia gon						
1.2 1.2.1	Erbbaurechte								
1.2.1									
1.3 1.3.1	Grunddienstbarke	eiten, Nießbrauchs	rechte						
1.4	Sonstige im Grun	dbuch eingetrager	ne Rechte						
1.4.1									
2.	Belastungen	dieses Grun	dvermögens (evtl. Grundbuch-	tl. gesonderte Aufstellung oder Grundbuchauszüge beifügen) Wert der					
lfd. Nr. zu 1.	Art der Belastu	ng	eintragung in a) Abteilung b) Ifd. Nr	Name des Gläubigers		derzeitigen Belastung in EUR			
3.	let die 7wan	reversteigeru	ng oder -verwalt	ung dieses Grundstückes angeord	not?				
Ifd. Nr. zu 1.	Zwangs- versteigerung	Zwangs- verwaltung	ing oder -verwait	Zuständiges Amtsgericht (mit Geschäftszeichen)					
20 11									
	I	$\neg$ 1							

## Ergänzungsblatt 5 E zum Vermögensverzeichnis des / der \_\_\_\_\_\_

Beteiligungen (Aktien, Genussrechte, sonstige Beteiligungen)

		Beteiligungen (Aktien, Genussrechte	e, sonstige Bet	eiligungen)	
44	1.	Aktien, Genussrechte und sonstige Beteiligungen an – evtl. gesonderte Aufstellung oder Depotauszug beifügen –	Kapitalgesellsch	aften (AG, Gmbl	H, KGaA)
	lfd. Nr.	a) Beteiligungsform     b) Name und Anschrift der Gesellschaft     c) WKN, Depot-Nr. und -bank bzw. Registergericht mit HRB-Nr.	Nennbetrag je Gesellschaft in EUR	Kurs- bzw. Ver- kehrswert in EUR	Fällige Gewinn- ansprüche in EUR
	1.1	3, 7, 3, 3, 3, 3, 3, 3, 3, 3, 3, 3, 3, 3, 3,			
45	2.	Beteiligung an Personengesellschaften (OHG, KG, Partnerschaftsgesellschaft, Gesellschaft des b – evtl. gesonderte Aufstellung beifügen –	pürgerlichen Rech	ts, EWIV u. ä.)	
	lfd. Nr.	a) Name und Anschrift der Gesellschaft b) Eingetragen im Register des Amtsgerichts unter HRA-Nr. c) Beteiligungsform	Nennbetrag je Gesellschaft in EUR	Verkehrswert in EUR	Fällige Gewinn- ansprüche in EUR
	2.1				
46	3.	Beteiligungsform als stiller Gesellschafter  – evtl. gesonderte Aufstellung beifügen –  a) Name und Anschrift des Unternehmens	Nennbetrag je		Fällige Gewinn-
	lfd. Nr.	b) Eingetragen im Register des Amtsgerichts c) unter HRA / HRB – Nr.	Gesellschaft in EUR	Verkehrswert in EUR	ansprüche in EUR
	3.1				
47	4.	Beteiligungen an Genossenschaften (auch Anteile von Geno – evtl. gesonderte Aufstellung beifügen –	ossenschaftsbanken, S		
	lfd. Nr.	a) Name und Anschrift der Genossenschaft     b) Eingetragen im Register des Amtsgerichts     c) unter Nr.		Geschäftsgut- haben in EUR	Fällige Gewinn- ansprüche in EUR
	4.1				

#### Ergänzungsblatt 5 F zum Vermögensverzeichnis des / der \_

#### Immaterielle Vermögensgegenstände und sonstiges Vermögen

1. Immaterielle Vermögensgegenstände (z. B. Urheber-, Patent-, Verlags- oder ähnliche Rechte)

Ifd. Genaue Bezeichnung und – soweit registriert – Angabe der Registerbehörde (z. B. Deutsches Patentamt), des Geschäftszeichens der Registerbehörde; Angaben über Nutzungsverträge u. ä.

1.1

2. Sonstiges Vermögen

| Ifd. | Wert in EUR

2.1

49

Ergänzungsblatt 5 zum Vermögensve		hnis	des / der			
			Laufendes Einkommen			
I. Einkünfte aus nichtselk	ständi	ger Ar	beit und sonstigen Dienstverhältniss	en		
Berufliche Tätigkeit (Auf- gabenbereich)		iche Täti	gkeit			
Genauer Name (Firma) und Anschrift des Ar-	Name	: / Firma			Hausnum	nmer
beitgebers oder der son- stigen auszahlenden	PLZ		Ort			
Stelle	Perso	nal-Nr. o	ä.			
		Lohn-	oder Gehaltsbescheinigungen der letzten 2	Monate sind b		
4			Zahlungsweise	bei Pfändun Abtretung in	g oder	Auszahlungs- betrag in EUR
1. Arbeitseinkommen	Nein	□ Ja	monatlich			
<ul><li>Zulagen (durchschnittlich)</li><li>3.</li></ul>	□ Nein	□ Ja	monatlich			
Zusätzliche Leistungen des Arbeitgebers (z. B. vermögenswirksame Leistungen)	□ Nein	□ Ja	monatlich			
4. Weihnachtsgeld	□ Nein	□ Ja	jährlich			
5. Urlaubsgeld	□ Nein	□ Ja	jährlich			
6. Einkünfte aus sonstigen Dienstverhältnissen, Aufwandsentschädigun-	□ Nein	□ Ja	monatlich			
gen und gewinn- abhängige Tantiemen	110	Ju	jährlich			
7. Abfindungen bei Beendi- gung eines Dienst- oder Arbeitsverhältnisses	□ Nein	□ Ja	gesamt			
II. Einkünfte im Rahmen	des Ru	hestan	ds			
				Abzweigung bei Pfändun Abtretung in	g oder	monatlicher Auszahlungs- betrag in EUR
1. Leistungen der gesetz- lichen Rentenversiche- rung	□ Nein	☐ Ja - /	Auszahlende Stelle und Geschäftszeichen:		-	
			ntenbescheid ist beigefügt			
2. Versorgungsbezüge	□ Nein	∐ Ja-	Auszahlende Stelle und Geschäftszeichen:			
		☐ Ver	sorgungsbescheid ist beigefügt.			
3. Betriebsrenten	□ Nein	∏ Ja∍	Auszahlende Stelle und Geschäftszeichen:			
		☐ Rer	ntenbescheid ist beigefügt			

4. Sonstige fortlaufende Einkünfte infolge des Ausscheidens aus ei- nem Dienst- oder Ar- beitsverhältnis 5.	Nein	☐ Ja · Auszahlende Stelle und Geschäftszeichen: ☐ Nachweis ist beigefügt ☐ Ja · Auszahlende Stelle und Vertrags-Nr.:		
Renten aus privaten Versicherungs- oder Sparverträgen	Nein	☐ Nachweis ist beigefügt		
_		☐ Ivacilweis ist beigelügt		
2 III. Unterhaltszahlunge	n		I Abausiaua aabataa	monatlicher
☐ Nein ☐ Ja  Name, vollständ	lige Ansch	rift der unterhaltspflichtigen Person(en)	Abzweigungsbetrag bei Pfändung oder Abtretung in EUR	Auszahlungs- betrag in EUR
IV. Leistungen aus öffe	entlichen	ı Kassen		
			Abzweigungsbetrag bei Pfändung oder Abtretung in EUR	monatlicher Auszahlungs- betrag in EUR
1. Arbeitslosengeld	Nein	☐ Ja - Auszahlende Stelle und Geschäftszeichen:		
		Bewilligungsbescheid ist beigefügt		
2. Arbeitslosenhilfe	Nein	☐ Ja - Auszahlende Stelle und Geschäftszeichen:		
2		☐ Bewilligungsbescheid ist beigefügt ☐ Ja - Auszahlende Stelle und Geschäftszeichen:		
3. Krankengeld	Nein			
4.	-	☐ Bewilligungsbescheid ist beigefügt ☐ Ja - Auszahlende Stelle und Geschäftszeichen:		
Sozialhilfe	Nein	Ja-Auszaniende Stelle und Geschartszeichen.		
		☐ Bewilligungsbescheid ist beigefügt		
5. Wohngeld	□ Nein	☐ Ja - Auszahlende Stelle und Geschäftszeichen:		
6. Unterhaltsgeld	□ Nein	☐ Bewilligungsbescheid ist beigefügt ☐ Ja · Auszahlende Stelle und Geschäftszeichen:		
		Rowilliaungshoschoid ist hoigefürst		

7. Kinderg	eld	Nein	Ja-Auszaniende Stelle und Geschaltsz	.ecn	en:			
			☐ Bewilligungsbescheid ist beigefügt					
	oder Erwerbs- keitsrenten	□ Nein	☐ Ja · Auszahlende Stelle und Geschäftsz					
			☐ Bewilligungsbescheid ist beigefügt					
	iebenen-, Un- egsopferrenten	□ Nein	☐ Ja - Auszahlende Stelle und Geschäftszeichen:					
			☐ Bewilligungsbescheid ist beigefügt					
	e Leistungen ntlichen Kas-	□ Nein	☐ Ja · Auszahlende Stelle und Geschäftsz	eich	en:			
			☐ Bewilligungsbescheid ist beigefügt					
V. Einkü	infte aus Vermiet	ung ur	nd Verpachtung					
☐ Nein	☐ Ja  Bezeichnung des I  Name und Anschri	Miet- od	er Pachtobjekts;	monatlich	jährlich	Abzweigungsbetrag bei Pfändung oder Abtretung in EUR	Einkünfte in EUR	
	rearre and resorms	it dor ivii	otor odor r dontor					
VI. Zinse	einkünfte und so	nstige	laufende Einkünfte					
☐ Nein	☐ Ja genaue Bezeichnu Name und Anschri	ıng der l ift der za	Einkunftsart; ahlungspflichtigen Person oder Stelle	monatlich	jährlich	Abzweigungsbetrag bei Pfändung oder Abtretung in EUR	Einkünfte in EUR	

	änzungsblatt 5 H n Vermögensverzeichnis d	es/	der			
	Sicherungsrechte D	ritte	r und	Zwangs	vollstreckungsmaßnahmen	
1.	Eigentumsvorbehalte, Sicherungs	über	eignu	ngen		
lfd. Nr.	Gegenstand	de	tum es rags	Name un	d Anschrift des Verkäufers bzw. Siche- rungsnehmers	Restschuld (ca.) in EUR
1.1						
2.	Lohnabtretungen, Sicherungsabtr	etun	gen			<u> </u>
lfd. Nr.	Abgetretene Forderung (z.B.: Lohn/Gehalt bei Fa, Ansprüche aus Lebensversicherung)	Abtretung ist offengelegt	pfändbarer Teil wird abgeführt	Datum der Abtretung	Name und Anschrift des Lohn- bzw. Sicherungsabtretungs- gläubigers	gegenwärtige Höhe der gesicherten Schuld (ca.) in EUR
2.1						
3.	Freiwillige Verpfändungen					
lfd. Nr.	Verpfändeter Gegenstand bzw. verpfändete Forderung	d Ver	tum er ofän- ing		Name und Anschrift des Pfandgläubigers	gegenwärtige Höhe der gesicherten Schuld (ca.) in EUR
3.1						
4.	Zwangsvollstreckungen und Pfän	dung	en			
lfd. Nr.	Gegenstand u. Datum der Zwangsvollstreckung / Pfändur (mit Angabe von Gerichtsvollzieher und DR-N dungsprotokolls bzw. von Gericht und Aktenz Pfändungs- und Überweisungsbeschlus	Nr. des eichen		Datum der Pfän- dungs- maß- nahme	Name und Anschrift des Gläubigers	Restschuld (ca.) in EUR
4.1						

Ergänzung zum Vermö		ichnis des /	der				
	ı	Regelmäßig w	iederkehren	de Verpflichtu	ıng	en	
I. Unterhaltslei- stungen an Angehörige		orname und Gebur wenn sie von Ihrer An		Familienver- hältnis (Kind, Ehegatte, Eltern, Leben- spartner, usw.)	U	nterhaltsleistung	Eigene Einnah- men der Empfänger
	1.					Naturalunterhalt	☐ Nein
						Barunterhalt, onatlich	☐ Ja, monatlich netto
						EUR	EU
	2.						☐ Nicht bekann
						Naturalunterhalt Barunterhalt,	☐ Nein ☐ Ja,
						onatlich	monatlich netto
						EUR	EU
	3.					Naturalunterhalt	<ul><li>☐ Nicht bekann</li><li>☐ Nein</li></ul>
						Barunterhalt,	☐ Ja,
					mc	onatlich EUR	monatlich netto EU
						LOIX	☐ Nicht bekann
	4.					Naturalunterhalt	☐ Nein
						Barunterhalt,	☐ Ja, monatlich netto
						EUR	EU
	5.						☐ Nicht bekannt
	J.					Naturalunterhalt	☐ Nein
						Barunterhalt, onatlich	☐ Ja, monatlich netto
						EUR	EUI
II.	Wohnungs-	Kaltmiete	Nebenkosten	Gesamtmie	to.	Ich zahle darauf	☐ Nicht bekannt  Mitbewohner
Wohnkosten	größe in qm	monatlich in EUR	monatlich in EUR			monatlich EUR	zahlen monatlic EUR
		-					
III.	Art der V	erpflichtung bzw. a	außeraewöhnlich	nen Belastung		Monatliche Höhe	Mitverpflichtete
Weitere wesentliche	(z. B. Lebensversi	cherungsbeiträge, Ve asingverträgen, Pfleg	rpflichtungen aus k	(redit-, Abzahlungsk	auf-	der Verpflich- tung bzw. Bela- stung in EUR	zahlen darauf monatlich in EUR
Zahlungsver- pflichtungen,						Sturing in EUR	EUK
besondere Belastungen							
	I					I	1

Ergänzungsblatt 5 K zum Vermögensverzeichnis des / der	
Schenkungen und entgeltliche Veräußerungen (§§ 132, 133, 134 InsO)	

	(§§ 132, 133, 1	34 InsO)		
	Hantaeltliche Veräußerung von Vermägeneger	otëndon (	Sahankungan)	
1.	Unentgeltliche Veräußerung von Vermögensgeger  ☐ Ich habe in den letzten 4 Jahren vor dem Antrag auf Eröff rungen oder Gegenstände verschenkt (gebräuchliche Ges	nung des Ins	solvenzverfahrens folgende Gelo	dbeträge, Forde- geben):
lfd. Nr.	Name und Anschrift des Empfängers	Datum	Gegenstand	Wert in EUR
1.1				
2.	Entgeltliche Veräußerung von Vermögensgegenst	änden an r	nahestehende Personen	ı
	☐ Ich habe in den letzten 2 Jahren vor dem Antrag auf Eröff Person folgende Vermögensgegenstände (auch Forderur			nestehenden
lfd. Nr.	Name der nahestehenden Person (§ 138 InsO)	Datum	Gegenstand	Wert in EUR
2.1	☐ Ehegatte oder Lebenspartner (vor, während oder nach der Ehe oder Lebenspartnerschaft)			
2.2	Lebensgefährte oder andere Personen, die mit mir in häuslicher Gemeinschaft leben oder im letzten Jahr vor der Veräußerung gelebt haben.			
2.3	☐ Kinder oder Enkelkinder			
2.4	meine oder meines Ehegatten Eltern, Großeltern, Geschwister und Halbgeschw ister			
2.5	☐ Ehegatten der zuvor genannten Personen			

Anla zun	age 6 n Eröffnungsantrag des / d	er_							
	(Verzeichnis	der (	Gläubiger und \				ngsverzeichnis dner gerichteten Forderungen, § 305 Abs. 1 Nr. 3 InsO)		
lfd. Nr. des Gläubigers im SB-Plan AT	Name/Kurzbezeichnung des Gläubigers (vollständige Angaben im Allgemeinen Teil des Schuldenbereinigungsplans)	Nahestehende Person (§ 138)	i ili lolol lul	Zins Höhe in EUR ch der Angaben rungsgrund" au	berechnet bis zum zu Hauptforde	Kosten in EUR erung, Zinsen, orderungsaufsi	Forderungsgrund; ggf. Angaben zum Bestand und zur Berechtigung der Forderung Kosten, Forderungsgrund und Titulierung kann durch einen Hinweis in der tellungen der Gläubiger Bezug genommen werden (§ 305 Abs. 2 Satz 1 InsO)	Forderung tituliert	Summe aller Forderungen des Gläubigers in EUR

Amtliche Fassung 3/2002

lfd. Nr. des Gläubigers im SB-Plan AT	Name/Kurzbezeichnung des Gläubigers	Nahe Perso	Hauptforderung in EUR	Zins	en	Kosten	Forderungsgrund;	Forde titul	Summe aller
es Gläub B-Plan A	(vollständige Angaben im Allgemeinen Teil des Schuldenbereinigungsplans)	Nahestehende Person (§ 138)	(je Hauptforde- rung eine Zeile)	Höhe in EUR	berechnet bis zum	in EUR	ggf. Angaben zum Bestand und zur Berechtigung der Forderung	orderung tituliert	Forderungen des Gläubigers in EUR
igers T		3)	Hinsichtlic Spalte "Fordei	h der Angaben rungsgrund" aut	zu Hauptforde beigefügte Fo	rung, Zinsen, rderungsaufsi	Kosten, Forderungsgrund und Titulierung kann durch einen Hinweis in der tellungen der Gläubiger Bezug genommen werden (§ 305 Abs. 2 Satz 1 InsO)		
(§ 30		in kön	nen, und dass mir				zeichnis enthaltenen Angaben versichere ich. Mir ist bekannt, dass en kann, wenn ich vorsätzlich oder grob fahrlässig unrichtige oder un		
					(Ort, Datun	n)	(Unterschrift)	-	

	age I	Vorname	und Name							
zun	n Eröffnungsantrag des / der	Straße un	d Hausnummer							
		Postleitzal	hl und Ort							
	-	Verfahren	/erfahrensbevollmächtigte(r):							
	Schuldenbereinig  Neben diesem Allgemeinen Teil besteht der sind für jeden Gläubiger die angebotenen Ergänzende Erläuterungen zur von Datum des Schulder Berücksichtigung der Gläubiger essen sowie meiner Vermögens-, ommens- und Familienverhältnisse ich den nachstehenden Gläubiger Bereinigung meiner Schulden folguldenbereinigungsplan an:  Gläubiger									
	Schuldenbereinigu		olan für das gerichtliche Verfahre Abs. 1 Nr. 4 InsO	en						
		All	gemeiner Teil							
C	Oort sind für jeden Gläubiger die angebotenen be	esondere	enbereinigungsplan aus dem Besonderen Teil (Anla en Regelungen zur angemessenen Bereinigung der enen Schuldenbereinigung können in der Anlage 7C	Schulden darges	stellt.					
	Datum des Schulden	berein	nigungsplans:	-						
inter	er Berücksichtigung der Gläubiger- ressen sowie meiner Vermögens-,		<ul> <li>□ Plan mit Einmalzahlung oder festen Raten ger</li> <li>7A beiliegenden Plan und den in der Anlage 7</li> <li>zenden Regelungen</li> <li>□ Plan mit flexiblen Raten gemäß dem in Anlage</li> </ul>	age 7B aufgeführten ergän-						
biete	e ich den nachstehenden Gläubiger		und den in Anlage 7B aufgeführten ergänzend		i i iaii					
	Bereinigung meiner Schulden folge	nden	Sonstiger Plan (als Anlage 7A beigefügt) mit den in Anlage 7B aufgeführten ergänzend	en Regelungen						
00111	araonsoronniganigopian am		Erläuterungen zur vorgeschlagenen Schulden	•	age 7C)					
		Bete	eiligte Gläubiger							
lfd. Nr.	Gläubiger (möglichst in alphabetischer Reihenfolge)		Verfahrensbevollmächtigte(r) für das Insolvenzverfahren:	Summe aller Forderungen des Gläubi- gers in EUR	Anteil an der Gesamt- ver- schul- dung in %					
1.	Name, Vorname bzw. Firma		Name, Vorname, Firma							
	Straße, Hausnummer		Straße, Hausnummer							
	Postleitzahl, Ort		Postleitzahl, Ort	1						
	Geschäftszeichen		Geschäftszeichen	1						
	gesetzlich vertreten durch			1						
2.	Name, Vorname bzw. Firma		Name, Vorname, Firma							
	Straße, Hausnummer		Straße, Hausnummer	4						
	Postleitzahl, Ort		Postleitzahl, Ort	4						
	Geschäftszeichen		Geschäftszeichen	4						
				4						
	gesetzlich vertreten durch									
3.	Name, Vorname bzw. Firma		Name, Vorname, Firma							
	Straße, Hausnummer		Straße, Hausnummer							
	Postleitzahl, Ort		Postleitzahl, Ort	1						
	Geschäftszeichen		Geschäftszeichen	†						
	gesetzlich vertreten durch			-						

lfd. Nr.	Gläubiger	Verfahrensbevollmächtigte(r) für das Insolvenzverfahren:	Summe aller Forderungen des Gläubi- gers in EUR	Anteil an der Gesam ver- schul- dung in %
	Name, Vorname bzw. Firma	Name, Vorname, Firma		
	Straße, Hausnummer	Straße, Hausnummer		
	Postleitzahl, Ort	Postleitzahl, Ort		
	Geschäftszeichen	Geschäftszeichen		
	gesetzlich vertreten durch			
	Name, Vorname bzw. Firma	Name, Vorname, Firma		
	Straße, Hausnummer	Straße, Hausnummer		
	Postleitzahl, Ort	Postleitzahl, Ort		
	Geschäftszeichen	Geschäftszeichen		
	gesetzlich vertreten durch			
	Name, Vorname bzw. Firma	Name, Vorname, Firma		
	Straße, Hausnummer	Straße, Hausnummer		
	Postleitzahl, Ort	Postleitzahl, Ort		
	Geschäftszeichen	Geschäftszeichen		
	gesetzlich vertreten durch			
	Name, Vorname bzw. Firma	Name, Vorname, Firma		
	Straße, Hausnummer	Straße, Hausnummer		
	Postleitzahl, Ort	Postleitzahl, Ort		
	Geschäftszeichen	Geschäftszeichen		
	gesetzlich vertreten durch			
	Name, Vorname bzw. Firma	Name, Vorname, Firma		
	Straße, Hausnummer	Straße, Hausnummer		
	Postleitzahl, Ort	Postleitzahl, Ort		
	Geschäftszeichen	Geschäftszeichen		
	gesetzlich vertreten durch			
	Name, Vorname bzw. Firma	Name, Vorname, Firma		
	Straße, Hausnummer	Straße, Hausnummer		
	Postleitzahl, Ort	Postleitzahl, Ort		
	Geschäftszeichen	Geschäftszeichen		
	gesetzlich vertreten durch			

	age 7 A n Eröffnungsantrag des / d	er											
	Sch	nuldenberei - Musterp	В	olan für da esonderer nmalzahlun	Teil			fahren		Sch		um des einigungs	plans:
					Gesamtvers	chuldur	ng in EUR	Gesamtregulierungsbetrag in EUR	Gesamtregulierungs	quote in %	Monatliche	Gesamtrate in	EUR
In Verbindung mit den ergänzenden Regelungen gemäß Anlage 7B biete ich den im Plan genannten Gläubigern zur angemessenen und endgültigen Bereinigung meiner Schulden die folgende Regelung an:					Zahlungsweise und Fälligkeit		Anzahl der Raten  Zahlungsweise einmalig monatlich zum  Sonderzahlungen (z. B. pfändbarer Teil des Weihnachtsgeldes)  Anzahl der Sonderzahlungen: Zahlungsweise:  Beginn der Zahlungen						
lfd. Nr. des Gläubi- gers im SB-Plan AT	Name/Kurzbezeichnung des Gläubigers (vollständige Angaben im Allgemeinen Teil des Schuldenbereinigungsplans)  Häuptforderung in EUR  Höhe in berechnet bis zum		Kosten in EUR	Forderung gesichert		Zahlungsweise und Fälligkeit weit nicht einheitlich wie oben ang der Raten p. m./p. a. zum	egeben) Höhe festen oder Ei zahl in E	Rate nmal- ung	jeweilige Höhe der Sonder- ahlung(en)	Summe aller Zah- lungen auf die Forde- rung in EUR	Regulie- rungs- quote auf die Forde- rung in %		
													<u> </u>

lfd. Nr. des Gläubi- gers im SB-Plan AT	Name/Kurzbezeichnung des Gläubigers (vollständige Angaben im Allgemeinen Teil des Schuldenbereinigungsplans)	Hauptforderung in EUR	sen berechnet bis zum	Kosten in EUR	Forderung gesichert	Zahlungsweise und Fälligkeit (nur soweit nicht einheitlich wie oben angegeben) Anzahl der Raten p. m./p. a. zum	Höhe der festen Rate oder Einmal- zahlung in EUR	jeweilige Höhe der Sonder- zahlung(en)	Summe aller Zah- lungen auf die Forde- rung in EUR	Regulie- rungs- quote auf die Forde- rung in %

	age 7 A n Eröffnungsantrag des / der _							-				
Schuldenbereinigungsplan für das gerichtliche Verfahren  Besonderer Teil - Musterplan mit flexiblen Raten -  Datum des Schuldenbereinigungsplan für das gerichtliche Verfahren  Datum des												
				Ges	samtve	erschuldung i	n EUR		derzeit pfändbarer Te	eil des Einkommens in EUR		
Ir	n Verbindung mit den ergänzende	en Regelunge	n gemäß				Ge	esamtlaufzeit in M onaten	Zahlungsweise monatlich zum	Zahlungsweise monatlich zum		
Anlage 7 B biete ich den im Plan genannten Gläubigern zur angemessenen und endgültigen Bereinigung meiner Schulden die folgende Regelung an:					Zahlungsweise und Fälligkeit		<b>.</b>	eginn der Laufzeit				
								er Zahlbetrag ergibt sich a ] dem jeweils pfändbaren T ] den ergänzenden Regelu	eil meines Einkomme	ens gemäß §§ 850c ff. ZPC	).	
lfd. Nr. des Gläubi- gers im SB-Plan AT	Name / Kurzbezeichnung des Gläubigers (vollständige Angaben im Allgemeinen Teil des Schuldenbereinigungsplans)	Hauptforderung in EUR	Zinse	en		Kosten in EUR	Forderung gesichert		ahlungsweise und Fällig		Anteil der Forderung am Zahl- betrag in %	
iubi- n AT			Höhe in EUR	berechn bis zur			,	Anzahl der p. m./p. a. zui Raten	n	erstmals am		

lfd. Nr. des Gläubi- gers im SB-Plan AT	Name / Kurzbezeichnung des Gläubigers (vollständige Angaben im Allgemeinen Teil des Schuldenbereinigungsplans)	Hauptforderung in EUR	Zinsen		Kosten in EUR	Forderung gesichert		Zahlungsweise und (nur soweit nicht einheitlich w		Anteil der Forderung am Zahl- betrag in %
ubi- 1 AT			Höhe in EUR	berechnet bis zum			Anzahl der Raten	p. m./p. a. zum	erstmals am	

# Anlage 7 B zum Eröffnungsantrag des / der

	Schuldenbereinigungsplan für das gerichtliche Verfahren Besonderer Teil
	- Ergänzende Regelungen -
	Datum des Schuldenbereinigungsplans:
72	Ergänzende Regelungen (insbesondere Sicherheiten der Gläubiger, § 305 Abs. 1 Nr. 4 3. Halbsatz)
	Es sollen folgende ergänzende Regelungen gelten (für die Sicherheiten der Gläubiger, z. B. Sicherungsabtretungen, Bürgschaften, vereinbarte oder durch Zwangs vollstreckung erlangte Pfandrechte, müssen Regelungen erfolgen):

Anlage 7 C zum Eröffnungsa	ntrag des / der							
	Schuldenbereinigungsplan für das gerichtliche Verfahren Erläuterungen zur vorgeschlagenen Schuldenbereinigung							
Datum	des Schuldenbereinigungsplans:							
Erläuterungen zur vo	orgeschlagenen Schuldenbereinigung							

# Hinweisblatt zu den Vordrucken für das Verbraucherinsolvenzverfahren und das Restschuldbefreiungsverfahren

Lesen Sie bitte die nachfolgenden Hinweise vor dem Ausfüllen der Antragsvordrucke sorgfältig durch. Füllen Sie die Vordrucke unter Beachtung der Hinweise vollständig und gewissenhaft aus. Wenn Sie beim Ausfüllen Schwierigkeiten haben, kann Ihnen in vielen Fällen die geeignete Person oder Stelle, die das Scheitern des außergerichtlichen Einigungsversuchs bescheinigt hat, behilflich sein. Allgemeine Fragen können Sie aber auch an das zuständige Insolvenzgericht richten.

#### **Allgemeine Hinweise**

Die Vordrucke für das Verbraucherinsolvenz- und Restschuldbefreiungsverfahren können Sie mit dem Computer, mit der Schreibmaschine oder handschriftlich – bitte in lesbarer Druckschrift – ausfüllen. Da es sich um amtliche Vordrucke handelt, sind inhaltliche oder gestalterische Änderungen oder Ergänzungen nicht zulässig. Sollte der Raum im Vordruck nicht ausreichen, können Sie die Angaben auf einem besonderen Blatt machen. In dem betreffenden Feld des Vordrucks ist dann auf das beigefügte Blatt hinzuweisen.

Die vollständig ausgefüllten Vordrucke sind zunächst ohne Abschriften (Kopien) bei dem zuständigen Insolvenzgericht einzureichen. Wenn das Insolvenzgericht die Durchführung des *gerichtlichen Schuldenbereinigungsplanverfahrens*  $\Rightarrow$  66 anordnet, werden Sie gesondert aufgefordert, Abschriften des gerichtlichen Schuldenbereinigungsplans (Anlage 7, Anlage 7 A und Anlage 7 B) und der Vermögensübersicht (Anlage 4) in der für die Zustellung an die Gläubiger erforderlichen Anzahl nachzureichen. Stellen Sie deshalb unbedingt sicher, dass Sie eine vollständige, inhaltsgleiche Kopie der an das Gericht übersandten Antragsunterlagen bei Ihren Verfahrensunterlagen behalten.

Wichtiger Hinweis zur Umstellung auf den Euro:

Seit dem 1. Januar 2002 sind alle Beträge ausschließlich in EUR anzugeben; dies gilt auch für Beträge, die vor dem 1. Januar 2002 in DM entstanden sind oder mitgeteilt wurden. Solche Beträge müssen Sie nach dem amtlichen Umrechnungskurs (1 EUR = 1,95583 DM) umrechnen.

## Hauptblatt (Eröffnungsantrag)

1	In der Kopfzeile des Hauptblattes tragen Sie bitte nur Ihren Vor- und Nachnamen mit Postanschrift und der Telefonnummer, unter der Sie tagsüber regelmäßig erreichbar sind, sowie ggf. den Namen Ihres Verfahrensbevollmächtigten ein; die vollständigen Angaben zu Ihrer Person und zu Ihrem Verfahrensbevollmächtigten werden in der Anlage 1 (Personalbogen) erfasst. Bitte setzen Sie Ihren Vor- und Nachnamen auch in die Kopfzeile aller Anlagen zum Eröffnungsantrag ein.
2	Das für Ihren Insolvenzantrag <b>zuständige Amtsgericht</b> wird Ihnen in aller Regel von der geeigneten Person oder Stelle, die das Scheitern des außergerichtlichen Einigungsversuchs bescheinigt hat, genannt. Sie können das zuständige Insolvenzgericht aber auch bei jedem Amtsgericht erfragen.
3	Mit dem <b>Eröffnungsantrag</b> erklären Sie, dass Sie nach Ihrer Einschätzung zahlungsunfähig sind, oder dass Zahlungsunfähigkeit unmittelbar bevorsteht. Auf Grund des Eröffnungsantrags kann das Gericht alle Maßnahmen ergreifen, die erforderlich sind, um Ihr noch vorhandenes Vermögen zu sichern. Kommt es auf Grund Ihres Eröffnungsantrags zur Eröffnung des Insolvenzverfahrens, so wird ein <b>Treuhänder</b> eingesetzt, der Ihr pfändbares Vermögen und Einkommen an die Gläubiger verteilt. Nach Abschluss dieser Verteilung wird das Insolvenzverfahren aufgehoben, und es schließt sich, falls Sie einen Antrag auf Restschuldbefreiung gestellt haben, die so genannte <i>Wohlverhaltensperiode</i> ⇒ 19 an.
4	Der Antrag auf Restschuldbefreiung kann nur in Verbindung mit einem eigenen Eröffnungsantrag gestellt werden. Er ist aber nicht Voraussetzung für die Durchführung des Insolvenzverfahrens, sodass Sie an dieser Stelle eindeutig erklären müssen, ob Sie einen Restschuldbefreiungsantrag stellen oder nicht. Wenn das Insolvenzverfahren nicht bereits durch einen erfolgreichen <i>gerichtlichen Schuldenbereinigungsplan</i> ⇒ 66 beendet wird, können Sie die Befreiung von Ihren Verbindlichkeiten nur erlangen, wenn Sie den Restschuldbefreiungsantrag stellen. Andernfalls können die Gläubiger ihre Forderungen, soweit sie nicht im Insolvenzverfahren erfüllt worden sind, nach Aufhebung des Insolvenzverfahrens weiterhin geltend machen. Von der Restschuldbefreiung ausgenommen sind die in § 302 InsO genannten Forderungen insbesondere also Forderungen aus vorsätzlich begangener unerlaubter Handlung sowie Geld-

strafen.

- Diejenigen Anlagen, die Sie Ihrem Insolvenzantrag zwingend beifügen müssen, sind bereits angekreuzt. Wenn Sie einen Restschuldbefreiungsantrag gestellt haben, ist zusätzlich die Abtretungserklärung (Anlage 3) beizufügen. Als Anlage 7A müssen Sie als Besonderen Teil des Schuldenbereinigungsplans entweder einen der beiden *Musterpläne* ⇒ 70 , 71 oder einen sonstigen Plan beifügen. Wenn Sie neben den in Anlage 7 B enthaltenen *Ergänzenden Regelungen* weitere Erläuterungen zu dem Schuldenbereinigungsplan machen wollen, können Sie die Anlage 7 C einreichen.
  - Welche **Ergänzungsblätter zum Vermögensverzeichnis** Sie beifügen, geben Sie nur im *Vermögensverzeichnis (Anlage 5)* ⇒ 30 an.
- Aufgrund Ihrer **gesetzlichen Auskunfts- und Mitwirkungspflicht** sind Sie nicht nur verpflichtet, selbst vollständig Auskunft über Ihre Vermögensverhältnisse zu erteilen; Ihnen obliegt es auch, auf Verlangen des Gerichts Dritte von ihrer Pflicht zur Verschwiegenheit zu entbinden. Ein Verstoß gegen diese Obliegenheit kann zur **Versagung der Restschuldbefreiung** führen.
- Ihre **eigenhändige Unterschrift** ist Voraussetzung für einen wirksamen Eröffnungsantrag. Bitte **unterschreiben Sie auch die Anlagen** zum Eröffnungsantrag, soweit dies in den Vordrucken vorgesehen ist, nämlich die Abtretungserklärung, die Vermögensübersicht, das Vermögensverzeichnis sowie das Gläubiger- und Forderungsverzeichnis.

## Anlage 1 (Personalbogen: Angaben zur Person)

- Bitte geben Sie hier Ihre **Personalien** vollständig an; teilen Sie dem Gericht unverzüglich mit, falls sich Ihr Name, Ihre Anschrift oder sonstige Angaben im Laufe des Verfahrens ändern.
- Bei den Angaben zu Ihrem **Familienstand** geben Sie bitte ggf. das **genaue Datum** Ihrer Eheschließung, Scheidung usw. an.
- Wenn Sie anderen Personen **Unterhalt** (hierunter fällt auch der sogenannte "Naturalunterhalt" in Form von Unterkunft und Verpflegung) gewähren, geben Sie hier bitte **die Anzahl der unterhaltsberechtigten Personen** an und teilen Sie mit, ob darunter auch minderjährige Kinder sind; alle weiteren Angaben werden im *Ergänzungsblatt 5 J zum Vermögensverzeichnis* ⇒ 60 erfasst.
- Ihren erlernten Beruf sollten Sie so genau wie möglich angeben, ebenso Ihre derzeitige oder letzte berufliche Tätigkeit, soweit diese von Ihrem erlernten Beruf abweicht. Falls Sie früher selbständig tätig waren, müssen Sie Ihre ehemalige selbständige Tätigkeit genau bezeichnen. Sollten Sie im Zeitpunkt der Antragstellung noch selbständig tätig sein, müssen Sie die Eröffnung des Regelinsolvenzverfahrens beantragen. Die Vordrucke für das Verbraucherinsolvenzverfahren sind in diesem Fall nicht auszufüllen.
- Wenn Sie einen Verfahrensbevollmächtigten oder eine Verfahrensbevollmächtigte für das Insolvenzverfahren haben, teilen Sie bitte zunächst mit, ob sich diese Vollmacht über das gesamte Verfahren erstreckt oder auf die Durchführung des gerichtlichen Schuldenbereinigungsverfahrens beschränkt ist. Angehörige einer als geeignet anerkannten Stelle, die nicht über eine Zulassung nach dem Rechtsberatungsgesetz verfügen, sind als Verfahrensbevollmächtigte nur für das gerichtliche Schuldenbereinigungsverfahren zugelassen (§ 305 Abs. 4 InsO). Sie können eine schriftliche Vollmacht, aus der sich der Umfang der Bevollmächtigung ergibt, beifügen. Die Vollmacht kann auch nachgereicht werden.

#### Anlage 2

(Bescheinigung über das Scheitern des außergerichtlichen Einigungsversuchs)

Die Anlage 2 ist nicht von Ihnen, sondern von einer geeigneten Person oder Stelle auszufüllen. In der Regel wird das die Person oder Stelle sein, die den außergerichtlichen Einigungsversuch begleitet hat. Der außergerichtliche Einigungsversuch darf im Zeitpunkt des Insolvenzantrags nicht länger als sechs Monate zurückliegen.

- Neben dem Namen und der Anschrift der geeigneten Person oder Stelle sollte insbesondere bei Schuldnerberatungsstellen der Name der Person angegeben werden, die als Ansprechpartner für das außergerichtliche Verfahren zuständig war.
- In denjenigen Bundesländern, die eine **behördliche Anerkennung** der geeigneten Stellen eingeführt haben, sind die Einzelheiten der Anerkennung mitzuteilen; im Übrigen ist die Eignung **kurz** darzulegen.

- Hier ist zunächst das **Datum des außergerichtlichen Schuldenbereinigungsplans** einzusetzen; der außergerichtliche Plan **muss** der Bescheinigung **in Kopie beigefügt werden**. Sofern der außergerichtliche Plan ausnahmsweise nicht allen Gläubigern übersandt wurde, ist dies zu begründen. Das **Ergebnis des außergerichtlichen Schuldenbereinigungsversuchs** ist mit dem **Zeitpunkt des endgültigen Scheiterns** mitzuteilen.
- Die abschließende Bescheinigung ist von der geeigneten Person oder einem Angehörigen der geeigneten Stelle zu unterschreiben. Sofern ein Stempel vorhanden ist, sollte dieser zusätzlich zu der Unterschrift verwendet werden.

#### Anlage 2 A

(Gründe für das Scheitern des außergerichtlichen Schuldenbereinigungsplans)

Die wesentlichen Gründe für das Scheitern des Einigungsversuchs müssen von Ihnen kurz dargelegt werden, wobei die Anlage 2 A im Zusammenwirken mit der geeigneten Person oder Stelle, die das Scheitern des außergerichtlichen Schuldenbereinigungsversuchs bescheinigt, ausgefüllt werden kann.

Wenn der Einigungsversuch gescheitert ist, weil nicht alle Gläubiger zugestimmt haben, ist zunächst der Anteil der ausdrücklich zustimmenden Gläubiger mitzuteilen. Hilfreich für die Beurteilung der Erfolgsaussichten des gerichtlichen Schuldenbereinigungsverfahrens ist auch die Angabe der Anzahl derjenigen Gläubiger, die sich zu dem außergerichtlichen Plan nicht geäußert haben. Die wesentlichen Gründe, die von den Gläubigern zur Begründung ihrer Ablehnung genannt wurden, sollten kurz zusammengefasst werden.

Soweit der Einigungsversuch auf Grund der **Einleitung von Vollstreckungsmaßnahmen** als gescheitert gilt (§ 305a InsO), sind der Name des vollstreckenden Gläubigers, das Aktenzeichen des Gerichts und/oder des Gerichtsvollziehers sowie das zuständige Amtsgericht zu bezeichnen.

Um die Aussichten für die Durchführung des gerichtlichen Schuldenbereinigungsplanverfahrens beurteilen zu können, ist es für das Gericht zunächst hilfreich, zusammengefasst zu erfahren, ob und in welchen Punkten sich der gerichtliche von dem außergerichtlichen Schuldenbereinigungsplan unterscheidet. Wesentliche Unterschiede sollten kurz angeführt werden.

Darüber hinaus kann Ihre Einschätzung, ob die Durchführung des gerichtlichen Schuldenbereinigungsverfahrens aussichtsreich erscheint, für die Entscheidung des Gerichts von Bedeutung sein.

## Anlage 3 (Abtretungserklärung nach § 287 Abs. 2 InsO)

Die Abtretungserklärung müssen Sie dem Eröffnungsantrag immer dann beifügen, wenn Sie einen Restschuldbefreiungsantrag gestellt haben. Die Abtretungserklärung müssen Sie eigenhändig unterschreiben. Auf der Grundlage der Abtretungserklärung wird Ihr pfändbares Einkommen nach der Aufhebung des Insolvenzverfahrens für die Dauer der Wohlverhaltensperiode, die im Regelfall sechs Jahre nach der Eröffnung des Insolvenzverfahrens endet, an den Treuhänder abgeführt und von diesem an Ihre Gläubiger verteilt. Bitte lesen Sie die in der Anlage 3 enthaltenen Erläuterungen zur Abtretungserklärung gründlich und prüfen Sie, ob Sie von der Abtretungserklärung erfasste Forderungen in der Vergangenheit abgetreten oder freiwillig verpfändet haben.

Auf Abtretungen oder freiwillige Verpfändungen – **nicht** auf Forderungspfändungen auf Grund eines Pfändungs- und Überweisungsbeschlusses – müssen Sie in der Abtretungserklärung hinweisen; die Einzelheiten sind dann im *Ergänzungsblatt 5H zum Vermögensverzeichnis* ⇒ 57, 58 anzugeben. Dort können Sie auch ggf. Kopien der Abtretungsvereinbarungen beifügen.

## Anlage 3 A (Erklärung zur Abkürzung der Wohlverhaltensperiode)

Die Anlage 3 A müssen Sie nur einreichen, wenn Sie bereits vor dem 1. Januar 1997 zahlungsunfähig waren. Das Gericht stellt dann in dem Beschluss über die Ankündigung der Restschuldbefreiung bei Aufhebung des Insolvenzverfahrens fest, dass die Laufzeit der Abtretungserklärung nicht sechs, sondern nur fünf Jahre beträgt. Dass Sie bereits vor 1997 zahlungsunfähig waren, müssen Sie durch Vorlage geeigneter Belege glaubhaft machen.

## Anlage 4

	(vermogensubersiont)
21	Die Vermögensübersicht enthält mit Ihrer <b>Erklärung zur Vermögenslage</b> die gedrängte Zusammenfassung Ihres gesamten Vermögens und Einkommens. Sie dient den Gläubigern, denen das <i>Vermögensverzeichnis</i> ⇒ 30 nicht zugestellt wird, und dem Gericht dazu, sich einen <b>raschen und im Wesentlichen vollständigen Überblick über Ihre Vermögenssituation</b> zu verschaffen. Regelmäßig müssen Sie die Angaben in der Vermögensübersicht durch <b>weitergehende Angaben</b> in den <i>Ergänzungsblättern 5 A bis 5 K zum Vermögensverzeichnis</i> ⇒ 31 - 64 ergänzen.
22	Ihre Angaben zum <b>Vermögen</b> erfassen außer Ihrem <b>Bargeld</b> alle Vermögensgegenstände, die in den <i>Ergänzungsblättern 5 A bis 5 F zum Vermögensverzeichnis</i> ⇒ 31 - 49 aufgeführt sind. Um die Angaben vollständig und richtig zu machen, sollten Sie daher <b>diese Anlagen vor dem Ausfüllen sorgfältig durchgehen</b> . Der <b>Wert der Vermögensgegenstände</b> ist in der Vermögensübersicht jeweils mit dem <b>Gesamtbetrag</b> einer Vermögensgruppe anzugeben. Soweit Vermögensgegenstände <b>mit Sicherungsrechten Dritter belastet</b> sind (z. B. Pfändungen, Sicherungsabtretungen an Ihre Bank, Eigentumsvorbehalte, Grundschulden), ist in der Spalte "Sicherungsrechte Dritter" der derzeitige, ungefähre <b>Wert der Belastung</b> , der sich regelmäßig aus der Höhe Ihrer restlichen Verbindlichkeit ergibt, anzugeben. Genaue Angaben zu den Sicherungsrechten machen Sie bitte in dem <i>Ergänzungsblatt 5 H zum Vermögensverzeichnis</i> ⇒ 56 .
23	Um die Angaben zu Ihren <b>monatlichen Einkünften</b> vollständig machen zu können, gehen Sie bitte zunächst das <i>Ergänzungsblatt 5 G zum Vermögensverzeichnis</i> ⇒ 50 - 53 sorgfältig durch. Geben Sie dann jeweils den <b>Nettogesamtbetrag</b> der Einkünfte an. Soweit die Einkünfte <b>mit Sicherungsrechten Dritter belastet</b> sind (insbesondere Gehaltspfändungen und -abtretungen) ist in der Spalte "Sicherungsrechte" die ungefähre Höhe der gesicherten Schuld einzusetzen. Bestehen Sicherungsrechte zu Gunsten mehrerer Gläubiger, so sind diese zusammenzurechnen. Genaue Angaben zu den Sicherungsrechten machen Sie bitte in dem <i>Ergänzungsblatt 5 H zum Verm ögensverzeichnis</i> ⇒ 56 - 59.
24	lhre <b>jährlichen Einkünfte</b> umfassen <b>alle sonstigen, regelmäßigen Einkünfte</b> , die im Einzelnen im <i>Ergänzungsblatt 5 G zum Vermögensverzeichnis</i> ⇒ 50, 54, 55 aufgeführt werden und hier mit ihrem <b>Jahresnettogesamtbetrag</b> anzugeben sind.
25	Soweit Ihre Einkünfte nicht ausreichen, um Ihren Lebensunterhalt zu bestreiten, geben Sie bitte hier an, durch welche Zuwendungen Sie Ihren <b>notwendigen Lebensunterhalt</b> bestreiten. Soweit Sie Unterstützungsleistungen von dritter Seite (z. B. durch Angehörige oder Freunde) erhalten, sind diese genau zu bezeichnen (Unterkunft, Verpflegung etc.); Bargeldzuwendungen sind mit ihrer monatlichen Durchschnittshöhe anzugeben.
26	Ihre <b>regelmäßig wiederkehrenden Zahlungsverpflichtungen</b> , insbesondere die von Ihnen <b>tatsächlich erbrachten</b> Unterhaltsleistungen und Mietzahlungen, werden im <i>Ergänzungsblatt 5 J zum Vermögensverzeichnis</i> ⇒ 60 - 62 erfasst und hier zusammengefasst.
27	Die <b>Erklärung zur Vermögenslosigkeit</b> können Sie nur abgeben, wenn Sie im Vermögensverzeichnis und in den Ergänzungsblättern <b>keine Angaben</b> zu machen haben, weil Sie <b>weder über Vermögen noch über regelmäßge Einkünfte</b> (hierunter fällt auch der Bezug von Sozialhilfe) verfügen und Ihren notwendigen Lebensunterhalt ausschließlich durch die unter 25 erläuterten Leistungen bestreiten.
28	Soweit Sie in dem <i>Ergänzungsblatt 5 K zum Vermögensverzeichnis</i> ⇒ 63 - 64 Angaben zu <b>Schenkungen und Veräußerungen</b> zu machen haben, sind diese hier mit ihrem <b>Gesamtwert</b> anzugeben.
29	Gemäß § 305 Abs. 1 Nr. 3 2. Halbsatz InsO müssen Sie Ihren Angaben in der Vermögensübersicht, im Vermögensverzeichnis und im Gläubiger- und Forderungsverzeichnis die Erklärung beifügen, dass die darin enthaltenen Angaben richtig und vollständig sind. Die Richtigkeit und Vollständigkeit Ihrer Angaben versichern Sie mit Ihrer Unterschrift. Bitte prüfen Sie daher jeweils besonders sorgfältig, ob Sie die Fragen zutreffend und umfassend beantwortet haben. Wenn Sie bewusst oder aus Nachlässigkeit falsche oder unvollständige Angaben gemacht haben, kann Ihnen auf Antrag eines Gläubigers die Restschuldbefreiung versagt werden. Wer bewusst falsche oder unvollständige Angaben macht, um einen Vermögensvorteil (z. B. die Restschuldbefreiung) zu erlangen, macht sich wegen Betruges strafbar.

## Anlage 5 (Vermögensverzeichnis)

Das **Verzeichnis Ihres Vermögens und Einkommens** besteht aus den Angaben, die Sie in der Vermögensübersicht gemacht haben, und aus den weiter gehenden Angaben in den *Ergänzungsblättern zum Vermögensverzeichnis* ⇒ 31 - 64, soweit Sie hierauf in der Vermögensübersicht Bezug genommen 30

haben. **Ergänzungsblätter, in denen Sie keine Angaben zu machen haben**, weil Sie die entsprechenden Fragen in der Vermögensübersicht mit "Nein" beantwortet haben, **brauchen Sie nicht beizufügen**.

#### Ergänzungsblatt 5 A

(Guthaben auf Konten, Wertpapiere, Schuldbuchforderungen, Darlehensforderungen)

31	Bitte geben Sie zunächst den <b>genauen Namen des Kreditinstituts</b> (Bank, Sparkasse usw.) an, bei dem
	Sie das jeweilige Konto unterhalten, sodann die genaue Kontonummer und zu Nr. 1.2 bis 1.6 zusätzlich
	die Art des Kontos. Bei Termin-, Tagegeld- oder Festgeldkonten sowie bei Sparkonten und Ratenspar-
	verträgen ist zusätzlich der genaue Zeitpunkt der Fälligkeit der Einlagen anzugeben. In die Spalte
	"Stichtag" tragen Sie bitte den Zeitpunkt ein, zu dem Sie den Kontostand ermittelt haben. Dabei sollte die
	Angabe zeitnah zum Insolvenzantrag erfolgen, also zum Zeitpunkt der Antragstellung möglichst nicht älter
	als drei Wochen sein. Bei Konten, die im Soll geführt werden, ist dies in der Spalte "Guthaben" durch
	ein vorangestelltes, deutlich sichtbares Minuszeichen kenntlich zu machen. Geschäftsanteile an
	Genossenschaftsbanken sind in dem Ergänzungsblatt 5 E ⇒ 47 anzugeben. Zinseinkünfte tragen Sie
	bitte in dem <i>Ergänzungsblatt 5 F</i> ⇒ 55 ein.

32	Bitte geben Sie hier an, falls Sie Wertpapiere besitzen, falls Ihnen offene Scheck- oder Wechselforde-
	rungen zustehen oder falls Sie sonstige – auch private – Darlehensforderungen gegen Dritte geltend
	machen können. Soweit bei Wertpapieren vorhanden, sollte die WKN (Wertpapier-Kennnummer, auch
	WPKN) angegeben werden. Aktien sind als Beteiligungen an Kapitalgesellschaften in dem Ergänzungs-
	blatt 5 E ⇒ 44 aufzuführen. Sofern Sie ein <b>Depot</b> unterhalten, geben Sie bitte die <b>Depot-Nr.</b> und den
	Namen der Bank oder Einrichtung an, die das Depot führt.

#### Ergänzungsblatt 5 B

(Hausrat, Mobiliar, Wertgegenstände und Fahrzeuge)

- Anzugeben sind alle Wertgegenstände, die sich dauerhaft in Ihrem Besitz befinden; auf die Eigentumsverhältnisse ist ggf. im Ergänzungsblatt 5 H zum Vermögensverzeichnis  $\Rightarrow$  56 einzugehen. Bitte geben Sie, soweit Sie wertvollen Hausrat besitzen, insbesondere also bei höherwertigen Stereoanlagen, Computern, Fernsehgeräten und anderen Geräten der Unterhaltungselektronik, das ungefähre Alter der Geräte sowie deren Neupreis an; der von Ihnen geschätzte Zeitwert ist in der Spalte "Wert" einzusetzen. Gleiches gilt für wertvolle Kleidungsstücke (insbesondere echte Pelze), Sportgeräte (z. B. Rennräder oder Sportboote) und alle übrigen Wertgegenstände in Ihrem Besitz.
- Anzugeben sind alle **Kraftfahrzeuge**, **die sich dauerhaft in Ihrem Besitz befinden**. Ggf. ist auf den **gesonderten Aufbewahrungsort des Kraftfahrzeugbriefs** hinzuweisen; auf die Eigentumsverhältnisse ist ggf. im *Ergänzungsblatt 5 H zum Vermögensverzeichnis*  $\Rightarrow$  56 einzugehen.
- Sofern Sie die aufgeführten Gegenstände zur Fortsetzung Ihrer Erwerbstätigkeit benötigen, können Sie dies hier angeben und kurz begründen.

#### Ergänzungsblatt 5 C

(Forderungen, Rechte aus Erbfällen)

- Soweit Sie private Lebensversicherungen, Berufsunfähigkeits- oder Rentenversicherungen abgeschlossen haben, besteht, auch wenn die Versicherungsleistungen noch nicht fällig sind, für den Fall der Auflösung des Versicherungsvertrags regelmäßig ein Anspruch auf Auszahlung des Rückkaufwertes. Bitte ermitteln Sie daher bei solchen Versicherungen möglichst den derzeitigen Rückkaufwert. Die Versicherungsbeiträge hinsichtlich dieser Versicherungen müssen Sie als regelmäßige Zahlungsverpflichtung im Ergänzungsblatt 5 J \Rightarrow 62 angeben. Im Übrigen können Forderungen aus Versicherungsverträgen etwa bestehen wegen Beitragsrückerstattungen oder wegen Erstattungsansprüchen aus der Haftpflicht-, Hausrat- oder privaten Krankenversicherung.
- Wenn Sie noch **Ansprüche gegen Ihren derzeitigen oder einen früheren Arbeitgeber** haben, die **nicht** als **laufende Einkünfte** im *Ergänzungsblatt 5 G zum Vermögensverzeichnis* ⇒ 50 anzugeben sind, geben Sie hier bitte die vollständige Anschrift des Arbeitgebers sowie die Art und die Höhe der geschuldeten Leistungen an.
- Geben Sie bitte nicht nur bereits durch Bescheid **festgestellte Steuererstattungsansprüche** an, sondern teilen Sie auch mit, wenn Sie auf Grund einer abgegebenen Steuererklärung **mit einer Steuererstattung rechnen**.
- Hier sind **alle sonstigen Zahlungsansprüche** anzugeben, die nicht wie etwa Ihre Rückzahlungsansprüche aus einem privaten Darlehen (*Ergänzungsblatt 5 A zum Vermögensverzeichnis*)  $\Rightarrow$  32 bereits in

einer anderen Rubrik erfasst werden. Hierunter fällt z. B. auch der Anspruch auf Rückzahlung einer von Ihnen geleisteten **Mietkaution**. Ggf. können Sie hier auch Angaben zur **Einbringlichkeit des Zahlungsanspruchs** machen, wenn etwa der Zahlungsanspruch von dem Gegner bestritten wird, oder wenn sich der Schuldner der Forderung im Vermögensverfall befindet.

Soweit Ihnen nach einem **Erbfall** möglicherweise Rechte **als Erbe bzw. Miterbe** oder **Pflichtteils-ansprüche** zustehen, teilen Sie bitte die Art und den ungefähren Wert Ihres Anspruchs auch dann mit, wenn die Rechtsnachfolge noch ungeklärt ist.

#### Ergänzungsblatt 5 D

(Grundstücke, Eigentumswohnungen, Rechte an Grundstücken)

- Geben Sie bitte zunächst die Lage des Grundbesitzes sowie die Nutzungsart (selbst bewohnt, vermietet, verpachtet, gewerblich genutzt, leer stehend usw.) an. Teilen Sie dann die genaue Grundbuchbezeichnung mit oder fügen Sie einen vollständigen, inhaltlich aktuellen Grundbuchauszug bei. In der Spalte "Eigentumsanteil" tragen Sie bitte "1/1" ein, wenn Ihnen der Grundbesitz allein gehört; bei mehreren Eigentümern ist der entsprechende Bruchteil anzugeben (1/2, 1/4, 1/9 usw.). Bei Eigentumswohnungen ist nur der Eigentumsanteil an dem Sondereigentum anzugeben. Den Verkehrswert können Sie etwa unter Zugrundelegung des von Ihnen gezahlten Kaufpreises schätzen.
- Die Belastungen des Grundvermögens (Grundschulden, Hypotheken usw.) ergeben sich entweder aus dem von Ihnen beigefügten Grundbuchauszug, oder sie sind aus einem inhaltlich aktuellen Grundbuchauszug in die Rubrik zu übernehmen. Auch wenn Sie einen Grundbuchauszug beigefügt haben, müssen Sie den derzeitigen Wert jeder Belastung, das ist die Höhe, in der die zugrunde liegende Darlehensforderung einschließlich Zinsen und Kosten noch besteht, in der dafür vorgesehenen Spalte eintragen.
- Falls die **Zwangsversteigerung** des Grundvermögens betrieben wird, oder falls **Zwangsverwaltung** angeordnet wurde, sind hier das zuständige **Amtsgericht** und das **Geschäftszeichen** anzugeben.

## Ergänzungsblatt 5 E (Beteiligungen)

- Soweit Sie Aktien oder sonstige Beteiligungen an Kapitalgesellschaften besitzen, geben Sie bitte neben der Beteiligungsform (Aktie usw.) Namen und Anschrift der Gesellschaft und soweit vorhanden die WKN (Wertpapier-Kennnummer, auch WPKN) sowie ggf. die Depot-Nr. und den Namen der Depotbank an. Registergericht und HRB-Nr. sind etwa bei GmbH-Beteiligungen anzugeben.
- Wenn Sie **Gesellschafter** einer offenen Handelsgesellschaft (OHG), einer Partnerschaftsgesellschaft, einer Europäischen wirtschaftlichen Interessenvereinigung (EWIV) oder einer Gesellschaft bürgerlichen Rechts (GbR) bzw. Komplementär oder Kommanditist einer Kommanditigesellschaft (KG) sind, sind hier die erforderlichen Angaben auch zum Wert des Gesellschaftsanteils zu machen.
- Falls Sie an einer Kapital- oder einer Personengesellschaft als sogenannter **stiller Gesellschafter** beteiligt sind, müssen Sie dies hier angeben.
- Eine Beteiligung an einer Genossenschaft liegt auch vor, wenn Sie bei einer Genossenschaftsbank (Volksbank, Raiffeisenbank, Sparda-Bank usw.) ein Konto besitzen und zu diesem Zweck einen Geschäftsanteil erworben haben.

#### Ergänzungsblatt 5 F

(Immaterielle Vermögensgegenstände und sonstiges Vermögen)

- Wenn Sie Inhaber von **Urheber- oder Leistungsschutzrechten** oder Inhaber von **Patenten, Mustern** oder sonstigen **gewerblichen Schutzrechten** sind, geben Sie die Einzelheiten hier bitte so genau wie möglich an.
- Bitte geben Sie hier Ihr **sonstiges Vermögen** an, soweit dies nicht bereits in einer anderen Rubrik erfragt worden ist.

## Ergänzungsblatt 5 G (Laufendes Einkommen)

- Bitte bezeichnen Sie, wenn Sie derzeit Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit haben, zunächst Ihre genaue Tätigkeit. Soweit sich Ihr Tätigkeitsbereich in den vergangenen zwei Jahren wesentlich geändert hat, weisen Sie darauf bitte hin. Geben Sie sodann Namen und Anschrift Ihres Arbeitgebers an und teilen Sie soweit vorhanden auch die Personal-Nr. mit, unter der Sie bei Ihrem Arbeitgeber geführt werden. Um Ihre Angaben zu belegen, können Sie die Verdienstbescheinigungen der letzten zwei Monate beifügen.
  - 1. Tragen Sie hier bitte Ihr **regelmäßiges Monatseinkommen** mit dem **Auszahlungsbetrag** (also abzüglich Steuern, Sozialabgaben und ggf. einbehaltener Pfändungs- bzw. Abtretungsbeträge) ein. Werden Beträge auf Grund von Pfändungen oder Lohnabtretungen einbehalten, so tragen Sie den **Abzweigungsbetrag** bitte ebenfalls ein. Nähere Angaben zu Pfändungen und Abtretungen machen Sie in diesem Fall bitte im *Ergänzungsblatt* 5 *H* ⇒ [57] [59].
  - 2. Soweit Sie regelmäßige Zulagen (Überstunden-, Nachtzuschläge usw.) erhalten, geben Sie bitte den durchschnittlichen Monatsbetrag ebenfalls mit dem Auszahlungsbetrag und ggf. mit dem Abzweigungsbetrag ein.
  - **3.** Soweit Ihr Arbeitgeber Ihnen **zusätzliche Leistungen** gewährt (z. B. vermögenswirksame Leistungen, Fahrtkostenzuschüsse, Verpflegungs- oder Unterkunftszuschüsse), tragen Sie diese bitte hier ein.
  - **4. und 5.** Soweit Sie im laufenden oder im vergangenen Jahr **Weihnachtsgeld** oder **Urlaubsgeld** erhalten haben, tragen Sie die zuletzt erhaltenen Zahlungen bitte hier ein.
  - **6.** Soweit Sie im Rahmen Ihrer Beschäftigung oder eines sonstigen Dienstverhältnisses **Tantiemen**, **Provisionen** oder zusätzliche **Aufwandsentschädigungen** erhalten, sind diese hier anzugeben, und zwar bei monatlicher Zahlungsweise in der Rubrik "monatlich", im Übrigen in der Rubrik "jährlich".
  - 7. Sofern Sie infolge der Beendigung Ihres Arbeitsverhältnisses einmalig oder vorübergehend Abfindungszahlungen oder Zahlungen aus einem Sozialplan erhalten, geben Sie diese Zahlungen hier bitte mit ihrem Gesamtbetrag an.
- Wenn Sie **Altersrente, Ruhestandsbezüge** oder sonstige **rentenähnliche Leistungen** erhalten, tragen Sie diese bitte hier mit ihrem **Auszahlungsbetrag** (also abzüglich Steuern, Sozialabgaben und ggf. einbehaltener Pfändungs- bzw. Abtretungsbeträge) ein. Werden Beträge auf Grund von Pfändungen oder Lohnabtretungen einbehalten, so tragen Sie den **Abzweigungsbetrag** bitte ebenfalls ein. Nähere Angaben zu Pfändungen und Abtretungen machen Sie in diesem Fall bitte im *Ergänzungsblatt 5 H* ⇒ 57 59 . *Berufsund Erwerbsunfähigkeitsrenten*sowie *Hinterbliebenen- und Unfallrenten* tragen Sie bitte weiter unten in der Rubrik *Leistungen aus öffentlichen Kassen* ⇒ 53 ein.
- Soweit Sie **laufende Unterhaltszahlungen** (Barunterhalt) erhalten, sind Name und Anschrift der unterhaltspflichtigen Person(en) sowie die Höhe des regelmäßig gezahlten Unterhalts anzugeben. Werden Beträge auf Grund von Pfändungen oder Lohabtretungen einbehalten, so tragen Sie den **Abzweigungsbetrag** bitte ebenfalls ein.
- Hier sind Ihre regelmäßigen Leistungen aus öffentlichen Kassen anzugeben, also insbesondere Arbeitslosengeld sowie alle Sozialleistungen und alle Renten mit Ausnahme der Altersrente, die als Leistung der Rentenversicherung  $\Rightarrow$  51 zu erfassen ist. Werden Beträge auf Grund von Pfändungen oder Lohnabtretungen einbehalten, so tragen Sie den Abzweigungsbetrag bitte ebenfalls ein.
- Wenn Sie einen Gegenstand, ein Grundstück, oder eine Wohnung verpachten oder vermieten (auch Untermiete), geben Sie hier bitte zunächst das Miet- oder Pachtobjekt sowie Namen und Anschrift der Mieter oder Pächter an. Ihre Einkünfte geben Sie bitte mit dem monatlichen oder jährlichen Gesamtbetrag (Bruttomiete einschließlich aller Vorauszahlungen auf Nebenkosten etc.) an.
- Wenn Sie **Zinseinkünfte** haben, geben Sie den ungefähren Jahresbetrag dieser Einkünfte hier an. Daneben ist hier Raum für **weitere laufenden Einkünfte**, die nicht in einer anderen Rubrik erfasst sind.

## Ergänzungsblatt 5 H (Sicherungsrechte Dritter und Zwangsvollstreckungsmaßnahmen)

Wenn Sie Gegenstände (z. B. Ihren PKW) unter Eigentumsvorbehalt erworben oder zur Sicherung übereignet haben, geben Sie dies bitte hier an. Teilen Sie auch mit, wie hoch die gesicherte Restschuld derzeit noch ist. Nähere Angaben zum Wert des Sicherungsgegenstands machen Sie bitte im Ergänzungsblatt 5 B ⇒ 33 - 34 .

- Gleiches gilt, wenn Sie (etwa zur Sicherung eines Bankkredits) **Ihren Lohn** oder sonstige Forderungen **abgetreten** haben. Geben Sie hier bitte zusätzlich an, ob die Abtretung bei Ihrem Arbeitgeber offengelegt ist, und ob der pfändbare Teil der Einkünfte abgeführt wird. Die **Höhe des Abzweigungsbetrags** ergibt sich aus Ihren Angaben im *Ergänzungsblatt 5 G*  $\Rightarrow$  50 55 .
- Soweit Sie Gegenstände oder Forderungen **freiwillig verpfändet** haben (z. B. in einem **Pfandleihhaus**), geben Sie dies bitte hier an. Teilen Sie auch mit, wie hoch die gesicherte **Restschuld** ist. Nähere Angaben zum Wert des Sicherungsgegenstands machen Sie bitte im *Ergänzungsblatt* 5 B  $\Rightarrow$  33 34.
- Wenn Gegenstände im Wege der Zwangsvollstreckung vom Gerichtsvollzieher gepfändet wurden oder wenn Ihr Lohn oder sonstige Forderungen durch einen Pfändungs- und Überweisungsbeschluss des Vollstreckungsgerichts gepfändet wurde, ist dies im Einzelnen hier anzugeben. Die DR-Nr. (das ist das Aktenzeichen des Gerichtsvollziehers) ergibt sich aus dem Pfändungsprotokoll, Name und Aktenzeichen des Vollstreckungsgerichts befindet sich auf der Ihnen zugestellten Ausfertigung des Pfändungs- und Überweisungsbeschlusses.

## Ergänzungsblatt 5 J (Regelmäßig wiederkehrende Verpflichtungen)

- Wenn Sie dritten Personen tatsächlich regelmäßigen Unterhalt leisten, geben Sie hier bitte die Personalien der Unterhaltsempfänger, das Familienverhältnis sowie Art und Höhe der regelmäßigen Unterhaltsleistung an. Soweit die Empfänger eigene Einnahmen haben, ist die Höhe dieser Einnahmen soweit bekannt mitzuteilen.
- Ihre **Wohnkosten** ergeben sich regelmäßig aus Ihrem **Mietvertrag**. Anzugeben sind die darin ausgewiesene Kaltmiete und die Mietnebenkosten. Wenn die Nebenkosten nicht gesondert ausgewiesen werden, ist in der Rubrik "Kaltmiete" die Gesamtmiete und in der Rubrik "Nebenkosten" ein Strich einzutragen. Soweit neben Ihnen weitere Personen Teile der Miete zahlen, ist neben Ihrer Mietzahlung der Anteil Ihrer Mitbewohner anzugeben. Eine von Ihnen geleistete **Mietkaution** ist als *sonstiger Zahlungsanspruch*  $\Rightarrow$  39 weiter oben zu erfassen.
- Weitere regelmäßige Zahlungsverpflichtungen sind nur aufzuführen, soweit es sich nicht um unwesentliche Ausgaben im Rahmen der normalen Lebensführung handelt. Anzugeben sind etwa Verpflichtungen aus Kredit-, Abzahlungskauf- oder Leasingverträgen sowie Lebensversicherungsbeiträge 

  und außergewöhnliche Belastungen (z. B. Mehraufwendungen bei Vorliegen einer Behinderung, regelmäßige Pflege- und Krankheitsaufwendungen usw.)

## Ergänzungsblatt 5 K (Schenkungen und entgeltliche Veräußerungen)

- Wenn Sie in den vergangenen vier Jahren **Geld- oder Sachgeschenke** von nicht geringem Wert gemacht haben, die nach Ihren Lebensverhältnissen nicht als übliche Gelegenheitsgeschenke (Geburtstags-, Weihnachtsgeschenke usw.) anzusehen sind, müssen Sie hier den Empfänger sowie Gegenstand und Wert der Geschenke angeben.
- Wenn Sie innerhalb der vergangenen zwei Jahre Gegenstände oder Forderungen an eine der im Antragsvordruck im Einzelnen aufgeführten **nahestehenden Personen veräußert** haben, müssen Sie ebenfalls
  den Empfänger, den veräußerten Gegenstand und den Wert dieses Gegenstandes bzw. der von Ihnen
  erhaltenen Gegenleistung mitteilen.

## Anlage 6 (Gläubiger- und Forderungsverzeichnis)

In dem Gläubiger- und Forderungsverzeichnis müssen Sie alle Ihre Gläubiger mit allen gegen Sie gerichteten Forderungen aufführen. Dabei genügt hier die Kurzbezeichnung des Gläubigers; die vollständigen Angaben zu den Gläubigern müssen Sie im Allgemeinen Teil des Gerichtlichen Schuldenbereinigungsplans \$\Rightarrow\$ 69 erfassen. Achten Sie bitte darauf, dass die Ifd. Nr. des Gläubigers im Schuldenbereinigungsplan und im Gläubigerverzeichnis jeweils übereinstimmt.

Zu jedem Gläubiger müssen Sie die Forderungen erfassen, die gegen Sie geltend gemacht werden, auch wenn sie eine Forderung für unbegründet halten. Wenn ein Gläubiger **mehrere rechtlich selbständige** 

**Forderungen** gegen Sie geltend macht, ist **jede Hauptforderung in eine neue Zeile** nach folgendem Beispiel einzutragen:

d. Ir.	Name des Gläubigers	Hauptforderung	Zin Höhe	sen bis zum	Kosten	Forderungsgrund	Summe aller Forderungen
1	Mustermann	12.600,00	504,00	18.1.02	366,00	Vertrag vom	
		6.000,00				Schadensersatz wegen	19.470,00
2	Musterfrau GmbH	3.000,00	66,00	18.1.02	15,00	Warenlieferung vom	3.081,00

Die einzelnen Forderungen sind nach dem Betrag der Hauptforderung, den hierauf beanspruchten Zinsen und den vom Gläubiger geltend gemachten Kosten aufzuschlüsseln. Bei der Berechnung der Zinsen sollte möglichst für alle Gläubiger ein einheitlicher Stichtag zugrunde gelegt sein. Der Tag, bis zu dem die Zinsen berechnet sind, ist anzugeben. Wenn sie die Forderung ganz oder teilweise für unbegründet halten, können Sie dies in der Spalte "Forderungsgrund" anmerken. In der letzten Spalte ist die Summe aller Forderungen eines Gläubigers einschließlich aller Zinsen und Kosten anzugeben.

Die **zweite Seite** des Gläubiger- und Forderungsverzeichnisses müssen Sie bei einem handschriftlichen Ausfüllen wegen der darauf befindlichen **Versicherung nach § 305 Abs. 1 Nr. 3 InsO** auch einreichen, wenn alle Angaben zu Gläubigern und Forderungen auf der ersten Seite Platz finden. Sollten mehr als 26 Forderungen einzutragen sein, kann die erste Seite des Verzeichnisses kopiert und eingelegt werden. Wenn der Vordruck mit dem Computer ausgefüllt wird, dürfen hier nach Aufhebung des Dokumentschutzes Zeilen eingefügt oder gelöscht werden.

#### Anlage 7

(Schuldenbereinigungsplan für das gerichtliche Verfahren - Allgemeiner Teil)

Der **gerichtliche Schuldenbereinigungsplan** enthält Ihre Vorschläge zu einer einvernehmlichen Einigung mit Ihren Gläubigern. Wenn das Gericht eine solche Einigung für möglich hält, ordnet es die Durchführung des gerichtlichen Schuldenbereinigungsplanverfahrens an. Es verzichtet auf die Durchführung, wenn eine Einigung unwahrscheinlich ist. Vor der Entscheidung des Gerichts erhalten Sie Gelegenheit zur Stellungnahme.

Eine Annahme des Schuldenbereinigungsplans im gerichtlichen Verfahren ist auch nach dem Scheitern eines inhaltsgleichen außergerichtlichen Einigungsversuchs möglich, weil im gerichtlichen Verfahren das Schweigen der Gläubiger als Zustimmung zu dem Plan gilt, und weil das Gericht die Widersprüche einzelner Gläubiger auf Ihren Antrag hin ersetzen kann, sofern die Mehrheit der Gläubiger dem Plan zugestimmt hat und die zustimmenden Gläubiger mehr als die Hälfte der Summe der gesamten Forderungen auf sich vereinigen.

- Sie müssen in der Kopfzeile des Schuldenbereinigungsplans Ihren Namen und Ihre vollständige Anschrift einsetzen, weil der angenommene Schuldenbereinigungsplan wie ein gerichtlicher Vergleich einen Vollstreckungstitel darstellt, in dem die Beteiligten vollständig erfasst sein müssen.
- Als **Datum des Schuldenbereinigungsplans** setzen Sie bitte zunächst das Datum des Insolvenzantrags ein. Wenn Sie im Verlauf des gerichtlichen Verfahrens einen **geänderten Schuldenbereinigungsplan** einreichen, ist hier jeweils das Datum der aktuellen Fassung einzusetzen.
- In der inhaltlichen Gestaltung des Schuldenbereinigungsplans sind Sie weitgehend frei. Das Gesetz bestimmt lediglich, dass der Plan Regelungen über die Sicherheiten der Gläubiger enthalten muss. Deshalb sind neben dem Allgemeinen Teil stets auch die ergänzenden Regelungen (Anlage 7 B) ⇒ 72 einzureichen. Ob Sie für Ihr Angebot an die Gläubiger daneben den Musterplan mit Einmalzahlung oder festen Raten ⇒ 70, den Musterplan mit flexiblen Raten ⇒ 71 oder einen von diesen Vorgaben abweichenden sonstigen Plan verwenden, ist Ihnen freigestellt. Für Gestaltung und Inhalt eines sonstigen Plans bestehen keine zwingenden Vorgaben. Sie sollten aber stets darauf achten, dass sich aus dem Plan genau ergibt, wem Sie welche Leistungen zu welchem Zeitpunkt anbieten. Der Plan sollte präzise, verständlich und nachvollziehbar sein, damit Ihre Gläubiger und das Gericht zweifelsfrei erkennen können, welche Rechte und Pflichten durch den Plan begründet werden. Bitte beachten Sie auch, dass Ihren Gläubigern außer dem Plan nur die Vermögensübersicht zugestellt wird, sodass sich alle wesentlichen Informationen zu Ihren Verbindlichkeiten auch aus dem Plan ergeben sollten.
- Jeder Ihnen bekannte Gläubiger ist mit seiner vollständigen, zustellungsfähigen Anschrift und, soweit etwa bei Gesellschaften (GmbH, KG usw.) oder bei Minderjährigen geboten, unter Angabe des gesetzlichen Vertreters anzugeben. Die Angabe von Postfachanschriften ist nicht zulässig. Soweit Ihnen ein Verfahrensbevollmächtigter des Gläubigers bekannt ist, können Sie diesen gleichfalls hier angeben. Die Gläubiger sind fortlaufend zu nummerieren. Aus Gründen der Übersichtlichkeit empfiehlt es sich, die Gläubiger in alphabetischer Reihenfolge zu sortieren. Zu jedem Gläubiger ist die Gesamthöhe seiner Forderungen sowie deren prozentualer Anteil an der Gesamtverschuldung mitzuteilen.

Bitte achten Sie darauf, dass Sie die Nummerierung auch im Gläubiger- und Forderungsverzeichnis ⇒

65 und im Besonderen Teil des Schuldenbereinigungsplans ⇒ 70 , 71 einheitlich verwenden.

#### Anlage 7 A

## (Schuldenbereinigungsplan für das gerichtliche Verfahren Besonderer Teil - Musterplan mit Einmalzahlung oder festen Raten)

70

Den Musterplan mit Einmalzahlung bzw. festen Raten können Sie verwenden, wenn Sie Ihren Gläubigern eine einmalige oder mehrere regelmäßge (meist monatliche) Zahlungen anbieten. Bitte geben Sie in der dem eigentlichen Zahlungsplan vorangestellten Rubrik zunächst Ihre Gesamtverschuldung (die Summe aller Forderungen Ihrer Gläubiger aus dem Gläubiger- und Forderungsverzeichnis), den Gesamtregulierungsbetrag (die Summe aller im Plan angebotenen Zahlungen) sowie die sich hieraus ergebende Gesamtregulierungsquote an. Bei Ratenzahlungen geben Sie bitte auch an, wie hoch die monatliche Gesamtrate (die Summe Ihrer monatlichen Zahlungen) ist.

Für die Durchführung des Plans besonders wichtig ist die Angabe der Anzahl der Raten, der Zahlungsweise und des Zahlungsbeginns. Auch Sonderzahlungen, die Sie zusätzlich zu den regulären Ratenzahlungen leisten wollen, sind hier genau zu bezeichnen. Soweit diese Angaben für alle Gläubiger in gleicher Weise gelten, machen Sie die Angaben bitte nur in der hierfür vorgesehenen allgemein gültigen Rubrik "Zahlungsweise und Fälligkeit". Nur wenn für einzelne Gläubiger unterschiedliche Regelungen gelten sollen, müssen Sie die Spalte "Zahlungsweise und Fälligkeit" für diese Gläubiger ausfüllen.

Bitte beachten Sie bei der **Bestimmung des Zahlungsbeginns**, dass Sie die Zahlungen erst aufnehmen können, wenn das Gericht die **Annahme des Schuldenbereinigungsplans festgestellt** hat. Es empfiehlt

sich daher, für den Beginn der Zahlungen keinen festen Zeitpunkt, sondern eine auf die Annahme des Schuldenbereinigungsplans bezogene Regelung vorzusehen (z. B.: "monatlich zum 3. Werktag, erstmals in dem auf die Feststellung der Annahme des Schuldenbereinigungsplans folgenden Monat").

Geben Sie in dem nachfolgenden Zahlungsplan nach der **Ifd. Nr**. aus dem *Allgemeinen Teil des Schuldenbereinigungsplans* ⇒ 69 und der **Kurzbezeichnung** des Gläubigers die **Forderungen des Gläubigers**, wie im *Gläubiger- und Forderungsverzeichnis* ⇒ 65 erläutert, **jeweils nach Hauptforderung, Zinsen und Kosten aufgeschlüsselt** an. Die Aufschlüsselung dient hier zur Information der übrigen Gläubiger, denen das Gläubiger- und Forderungsverzeichnis nicht zugestellt wird. Geben Sie bitte auch an, ob die Forderung des Gläubigers **gesichert ist** (z. B. durch eine Lohnabtretung, eine Sicherungsübereignung, ein Pfandrecht oder eine Bürgschaft oder Mithaftung Dritter). Soweit dies der Fall ist, **müssen Sie** in den *Ergänzenden Regelungen (Anlage 7 B)* ⇒ 72 **angeben, inwieweit diese Sicherungsrechte von dem Plan berührt werden**.

Aus Gründen der Einheitlichkeit und Übersichtlichkeit sind auch im Schuldenbereinigungsplan mehrere rechtlich selbständige Hauptforderungen eines Gläubigers getrennt aufzuführen. Entsprechend ist die Höhe der Einmalzahlung oder Rate für jede Forderung gesondert anzugeben. Auch kann die Regulierungsquote (der prozentuale Anteil aller von Ihnen angebotenen Zahlungen an der Gesamtforderung des Gläubigers) bei mehreren Hauptforderungen eines Gläubigers unterschiedlich sein (etwa wegen nur teilweise bestehender Sicherungsrechte oder bei einer Forderung, deren Berechtigung Sie nicht oder nur teilweise anerkennen).

#### Anlage 7 A

(Schuldenbereinigungsplan für das gerichtliche Verfahren Besonderer Teil - Musterplan mit flexiblen Raten)

Der **Musterplan mit flexiblen Raten** ist für die Fälle gedacht, in denen Sie Ihren Gläubigern keine festen Raten anbieten können oder wollen. Die Grundlage für die Berechnung der flexiblen Raten bildet dabei der **pfändbare Teil Ihres Einkommens**. Sie können Ihren Gläubigern **zusätzlich** zu dem pfändbaren Einkommensteil auch einen **Teil Ihres unpfändbaren Einkommens** anbieten oder bestimmen, dass Ihnen nach einer gewissen Laufzeit des Plans ein Teil des pfändbaren Einkommens verbleiben soll. Soweit der von Ihnen angebotene Zahlbetrag nicht dem jeweils pfändbaren Teil Ihres Einkommens entsprechen soll, müssen Sie dies in einer *ergänzenden Regelung (Anlage 7 B)*  $\Rightarrow$  72 eindeutig bestimmen.

Bitte geben Sie beim flexiblen Plan zunächst Ihre **Gesamtverschuldung** (die Summe aller Forderungen Ihrer Gläubiger aus dem *Gläubiger- und Forderungsverzeichnis*) sowie den **derzeit pfändbaren Teil Ihres Einkommens** an.

Für die Durchführung des Plans besonders wichtig ist die Angabe der Gesamtlaufzeit des Plans, der Zahlungsweise und des Beginns der Laufzeit. Soweit diese Angaben für alle Gläubiger in gleicher Weise gelten, machen Sie die Angaben bitte nur in der hierfür vorgesehenen allgemein gültigen Rubrik "Zahlungsweise und Fälligkeit". Nur wenn für einzelne Gläubiger unterschiedliche Regelungen gelten sollen, müssen Sie Spalte "Zahlungsweise und Fälligkeit" für diese Gläubiger ausfüllen.

Bitte beachten Sie bei der **Bestimmung des Beginns der Laufzeit**, dass Sie Zahlungen erst aufnehmen können, wenn das Gericht die **Annahme des Schuldenbereinigungsplans festgestellt** hat. Es empfiehlt

sich daher, für den Beginn der Laufzeit keinen festen Zeitpunkt, sondern eine auf die Annahme des Schuldenbereinigungsplans bezogene Regelung vorzusehen (z. B.: "monatlich zum 3. Werktag, erstmals in dem auf die Feststellung der Annahme des Schuldenbereinigungsplans folgenden Monat").

Geben Sie in dem nachfolgenden Zahlungsplan nach der **Ifd. Nr**. aus dem *Allgemeinen Teil des Schuldenbereinigungsplans* ⇒ 69 und der **Kurzbezeichnung** des Gläubigers bitte zunächst an, ob die Forderung des Gläubigers **gesichert ist** (z. B. durch eine Lohnabtretung, eine Sicherungsübereignung, ein Pfandrecht oder eine Bürgschaft oder Mithaftung Dritter). Soweit dies der Fall ist, **müssen Sie** in den *Ergänzenden Regelungen (Anlage 7 B)* ⇒ 72 regeln, **inwieweit diese Sicherungsrechte von dem Plan berührt werden**.

Sodann sind die **Forderungen des Gläubigers**, wie im *Gläubiger- und Forderungsverzeichnis* ⇒ 65 erläutert, **jeweils nach Hauptforderung, Zinsen und Kosten aufgeschlüsselt** anzugeben. Die Aufschlüsselung dient hier zur Information der übrigen Gläubiger, denen das Gläubiger- und Forderungsverzeichnis nicht zugestellt wird.

Aus Gründen der Einheitlichkeit und Übersichtlichkeit sind auch im Schuldenbereinigungsplan mehrere Forderungen eines Gläubigers getrennt aufzuführen. Auch kann der Anteil des Gläubigers am Zahlbetrag bei mehreren Hauptforderungen eines Gläubigers unterschiedlich sein (etwa wegen nur teilweise bestehender Sicherungsrechte oder bei einer Forderung, deren Berechtigung Sie nicht oder nur teilweise anerkennen).

## Anlage 7 B (Schuldenbereinigungsplan für das gerichtliche Verfahren Besonderer Teil – Ergänzende Regelungen)

Soweit Forderungen der Gläubiger gesichert sind (z. B. durch eine Lohnabtretung, eine Sicherungsübereignung, ein Pfandrecht, eine Bürgschaft oder Mithaftung Dritter), müssen Sie hier regeln, inwieweit diese Sicherungsrechte von dem Plan berührt werden. Sie können hier z. B. bestimmen, dass während der Laufzeit alle Pfändungsmaßnahmen und Abtretungen ruhen und nach vollständiger Erfüllung des Plans wegfallen. Auch können Sie regeln, ob und in welchem Umfang die Mithaftung anderer Personen (z. B. Bürgen) entfallen soll.

Falls gegen Sie die Zwangsvollstreckung betrieben wird und das Gericht im Anschluss an Ihren Insolvenzantrag die **Zwangsvollstreckung vorläufig einstellt**, sollten Sie hier auch regeln, ob die vorläufig nicht an die Gläubiger ausgezahlten Pfändungsbeträge beim Zustandekommen des Schuldenbereinigungsplans an die Pfändungsgläubiger ausgekehrt oder im Rahmen des Zahlungsplans anteilig an die Gläubiger verteilt werden sollen.

Ob und in welchem Umfang Sie darüber hinaus **ergänzende Regelungen** in Ihren Schuldenbereinigungsplan aufnehmen, ist Ihnen überlassen. Über die vielfältigen Gestaltungsmöglichkeiten kann Sie die Person oder Stelle beraten, die den außergerichtlichen Schuldenbereinigungsversuch begleitet hat. In Betracht kommen insbesondere **Verschlechterungs- oder Besserungsklauseln**, die einerseits Sie bei einer Verschlechterung Ihrer wirtschaftlichen Situation davor schützen, Ihre Zahlungsverpflichtungen aus dem Plan nicht mehr erfüllen zu können, andererseits den Gläubigern das Recht geben, bei einer deutlichen Besserung Ihrer Vermögensverhältnisse eine Anpassung der Zahlungen zu verlangen. Sinnvoll im Hinblick auf die mögliche **Zustimmungsersetzung durch das Insolvenzgericht** kann darüber hinaus die Aufnahme einer **Verfallklausel** sein, wonach die Gesamtforderung Ihrer Gläubiger für den Fall, dass Sie Ihre Zahlungspflichten aus dem Plan nicht erfüllen, unter bestimmten Voraussetzungen wieder in voller Höhe auflebt.

#### Anlage 7 C Schuldenbereinigungsplan für das gerichtliche Verfahren Erläuterungen zur vorgeschlagenen Schuldenbereinigung

Die Erläuterungen zur vorgeschlagenen Schuldenbereinigung sind kein notwendiger Bestandteil des Schuldenbereinigungsplans. Sie dienen dazu, einzelne Regelungen des Schuldenbereinigungsplans für die Gläubiger verständlich zu machen. So kann es sich beispielsweise empfehlen, die quotenmäßige Besserstellung eines Gläubigers zu erklären, um Einwendungen der schlechter gestellten Gläubiger entgegenzuwirken.